

## Integration, Frauenfragen, Konsumentenschutz und Personal

### Allgemeine Personalangelegenheiten (MA 1)

- Mit dem Gesetz, mit dem die Dienstordnung 1994 (12. Novelle zur Dienstordnung 1994), die Besoldungsordnung 1994 (17. Novelle zur Besoldungsordnung 1994), die Vertragsbedienstetenordnung 1995 (13. Novelle zur Vertragsbedienstetenordnung 1995), das Wiener Gleichbehandlungsgesetz (5. Novelle zum Wiener Gleichbehandlungsgesetz) und das Ruhe- und Versorgungsgenusszulagegesetz 1995 (7. Novelle zum Ruhe- und Versorgungsgenusszulagegesetz 1995) geändert werden, LGBL. für Wien Nr. 15/2002, wurde im Wesentlichen Folgendes umgesetzt:
  - Schaffung eines **eigenen Gehaltsschemas für die Ärzte/Ärztinnen des Wiener Krankenanstaltenverbundes** und Umsetzung des vereinbarten „Konkurrenzverbotes“
  - Anhebung der Bezüge der Beamten/Beamtinnen und Vertragsbediensteten der Gemeinde Wien gemäß dem Besoldungsabkommen für das Jahr 2002
  - **Gleichstellung der „Vertragsbediensteten neu“** mit den vor dem 1. Jänner 2001 in den Dienst der Gemeinde Wien aufgenommenen Vertragsbediensteten in Bezug auf die Zuschussregelung gemäß § 20 Abs. 1 VBO 1995
  - **Anpassung des Wiener Gleichbehandlungsgesetzes** an die vom Europäischen Gerichtshof entwickelte Rechtsprechung („Öffnungsklausel“).
- Durch das Gesetz, mit dem die Dienstordnung 1994 (13. Novelle zur Dienstordnung 1994), die Besoldungsordnung 1994 (18. Novelle zur Besoldungsordnung 1994), die Vertragsbedienstetenordnung 1995 (14. Novelle zur Vertragsbedienstetenordnung 1995), die Pensionsordnung 1995 (11. Novelle zur Pensionsordnung 1995), das Unfallfürsorgegesetz 1967 (13. Novelle zum Unfallfürsorgegesetz 1967) und das Gesetz über die fachlichen Anstellungserfordernisse für die von der Stadt Wien anzustellenden Kindergärtner/innen und Erzieher/innen an Horten geändert werden, LGBL. für Wien Nr. 50/2002, erfolgte im Wesentlichen eine richtlinienkonforme Umsetzung der Richtlinie 2001/19/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. Mai 2001 zur Änderung der Richtlinien 89/48/EWG und 92/51/EWG des Rates über eine **allgemeine Regelung zur Anerkennung beruflicher Befähigungsnachweise und der Richtlinien 77/452/EWG, 77/453/EWG, 78/686/EWG, 78/687/EWG, 78/1026/EWG, 80/154/EWG, 80/155/EWG, 85/384/EWG, 85/432/EWG, 85/433/EWG und 93/16/EWG** des Rates über die Tätigkeiten der Krankenschwester und des Krankenpflegers, die für die allgemeine Pflege verantwortlich sind, des Zahnarztes, des Tierarztes, der Hebamme, des Architekten, des Apothekers und des Arztes im Rahmen der den Ländern gemäß Art. 21 Abs. 1 B-VG zustehenden Dienstrechtskompetenz. Weiters enthalten sind in diesem Gesetz die Bestimmung betreffend die Vermeidung von möglichen Einkommensnachteilen im Fall von Überstellungen im Schema KAV, die **Neufassung der Pensionsanpassungsbestimmungen** sowie Kundmachungsvorschriften für bestimmte auf der Grundlage der Dienstordnung 1994, Besoldungsordnung 1994 und Vertragsbedienstetenordnung 1995 erlassene Verordnungen.

Darüber hinaus enthält das Gesetz eine Neugestaltung jener Bestimmungen der Dienstordnung 1994 und des Unfallfürsorgegesetzes 1967, welche die Rechtsfolgen bei Verweigerung der Mitwirkung an ärztlichen Untersuchungen bzw. Heilbehandlungen im Rahmen eines Reaktivierungsverfahrens bzw. eines Verfahrens zur Feststellung von Ansprüchen auf Leistungen (Begünstigungen) nach dem Unfallfürsorgegesetz 1967 regeln. Im letztgenannten Gesetz wurden überdies der Zeitpunkt des erstmaligen Anfalles der Grundrente in jenen Fällen klar definiert, in denen die Voraussetzungen für den Anfall der Grundrente erst nach Ablauf von drei Monaten nach Eintritt der Versehrtheit eintreten, und die Bestimmungen über die Möglichkeit der Neufeststellung des Anspruches auf die Grundrente (Zusatzrente) abgeändert. Schließlich wird die Möglichkeit geschaffen, bei befristeten Dienstverhältnissen in bestimmten Fällen, insbesondere bei Wegfall der im Rahmen des auf Zeit eingegangenen befristeten Dienstverhältnisses zu bewältigenden Aufgaben, von der Verpflichtung zur Dienstleistung absehen zu können.
- Das Gesetz, mit dem das Wiener Landeslehrer-Diensthoheitsgesetz 1978 geändert wird, LGBL. für Wien Nr. 35/2002, ermöglicht einen **einfacheren Bestellungsmodus** bei der Besetzung der Leistungsfeststellungskommission, der Leistungsfeststellungsoberkommission, der Disziplinarkommission sowie der Disziplinaroberkommission durch den Ersatz der Wahl der Vertreter (Stellvertreter) der Landeslehrer durch eine Nominierung, welche von den im jeweils zuständigen Zentralausschuss vertretenen Wählergruppen (Fraktionen) vorzunehmen ist. Überdies erfolgte die Verringerung der Anzahl der Mitglieder in den Senaten der Disziplinarkommission bzw. der Disziplinaroberkommission von jeweils fünf auf drei. Darüber hinaus wurden diverse Anpassungen an das Bundesrecht sowie eine Verlängerung der Funktionsdauer sämtlicher Kommissionen von vier auf fünf Jahre umgesetzt.
- Der Entwurf des Gesetzes, mit dem die Besoldungsordnung 1994 (19. Novelle zur Besoldungsordnung 1994) und die Vertragsbedienstetenordnung 1995 (15. Novelle zur Vertragsbedienstetenordnung 1995) geändert werden, wurde am 13. Dezember 2002 vom Landtag beschlossen und dient der **Umsetzung des Gehaltsabkommens 2003**.
- Durch die Verordnung des Stadtsenates vom

15. Dezember 2002, Pr.Z. 5368/2002-MDALTG, wurden die Mindestsätze für die Ergänzungszulagen nach der Pensionsordnung 1995 festgesetzt.

- Mit Beschluss des Gemeinderats vom 12. Dezember 2002, Pr.Z. 5284/2002-GIF, wurden die einmaligen Entschädigungen für Bezieher von Ruhegenüssen, Versorgungsgenüssen und Übergangsbeiträgen festgesetzt.
- Durch Beschluss des Stadtsenates vom 19. März 2002, Pr.Z. 01229/2002-MDALTG, wurde die **Ausgleichszulagenregelung** bei Organisationsänderung, Beschluss des Stadtsenates vom 16. Dezember 1997, Amtsblatt der Stadt Wien Nr. 10/1998, abgeändert.
- Mit den beiden Beschlüssen des Stadtsenates vom 24. April 2002, Pr.Z. 1838/2002-MDALTG, bzw. vom 22. Oktober 2002, Pr.Z. 04533/2002-MDALTG, wurde die Anlage 1 zur Besoldungsordnung 1994 einerseits den aktuellen Gegebenheiten angepasst, andererseits den Beamt/innen der elektronischen Datenverarbeitung eine Aufstiegsmöglichkeit eingeräumt.
- Durch Beschluss des Gemeinderats vom 26. April 2002, Pr.Z. 01629/2002-GIF, wurde die bestehende Zulagenregelung für Physikatsärzt/innen, Betriebsärzt/-innen sowie Krankenhaushygieniker/innen (Hygienebeauftragte) einer aktuellen Neufassung zugeführt.
- Mit Beschluss des Stadtsenates vom 19. März 2002, Pr.Z. 01228/2002-MDALTG, wurde die Amtstitelverordnung auf aktuellen Stand (z. B. in Bezug auf die ehemalige MA 3, MA 10, . . .) gebracht.
- Mit Beschlüssen des Stadtsenates vom 26. Februar 2002, Pr.Z. 902/2002-MDALTG, und vom 11. November 2002, Pr.Z. 4864/2002-MDALTG, wurde die Regelung der **Entschädigungen für Dienstleistungen bei Wahlen**, Volksabstimmungen, Volksbefragungen und Volksbegehren derart abgeändert, dass jene Beträge, die nicht der Valorisierung unterliegen und bar (z. B. an die Vertrauenspersonen) ausgezahlt werden, praxisgerechter gerundet werden. Überdies wurde auf organisatorische Änderungen im Magistrat der Stadt Wien Bezug genommen.
- Durch Beschluss des Stadtsenates vom 24. April 2002, Pr.Z. 1840/2002-MDALTG, erfolgte eine geringfügige Adaption der Leistungszulagenregelung für hauptberufliche Direktor/innen in großen Krankenanstalten und Pflegeheimen.
- Durch die **Änderung der Ausgleichszulagenregelung** für Bedienstete der Schemata II, IV, IIK und IVK bei Verwendung auf einem höherwertigen Dienstposten, Beschluss des Gemeinderats vom 26. April 2002, Pr.Z. 01642/2002-GIF, wurde auf das neu geschaffene Schema II/KAV, IV/KAV Rücksicht genommen.
- In der Entschließung des Bürgermeisters betreffend die Übertragung der Zuständigkeit zur Aufnahme und zur Zuweisung bestimmter Gruppen von Bediensteten wurde mit Entschließung vom 22. November 2002 auf die Neuaufnahme von Aushilfsbediensteten für den **Büchereifachdienst** Rücksicht genommen.
- Auf Grund des nach der Beschlussfassung durch den Wiener Landtag erforderlichen Ver-

fahrens gemäß Art. 98 B-VG konnte mit der Kundmachung des unter Pkt. 8 angeführten Gesetzes vor dem ersten Auszahlungstermin für die erhöhten Geldleistungen nicht gerechnet werden. Um die Auszahlung der erhöhten Beträge zum nächstmöglichen Termin zu gewährleisten, wurde durch Beschluss des Gemeinderats vom 12. Dezember 2002, Pr.Z. 4970/2002-GIF, genehmigt, Vorschüsse auf die zu erwartenden Erhöhungen zu gewähren. Diese Vorschüsse sind dann auf die mit der Kundmachung der eingangs genannten Novelle gebührenden Bezüge anzurechnen.

- Im Zusammenhang mit Wahlwiederholungen zu den Personalvertretungswahlen 2002 waren die entsprechenden vorbereitenden Maßnahmen (z. B. Wahlkundmachungen) zu setzen.
- Als Geschäftsstelle des Dienstrechtssenates hatte die MA 1 auch im Jahre 2002 wieder zahlreiche **Berufungsverfahren** durchzuführen, wobei ein Anstieg der Verfahren gegenüber 2001 um 50 Prozent zu verzeichnen war.
- Als Amt der Wiener Landesregierung wurden von der MA 1 Entscheidungen in Personalangelegenheiten der Landeslehrer/innen ausgearbeitet.
- Durch die „Dienstvorschrift für Lehrlinge 1996“, Amtsblatt der Stadt Wien Nr. 46/1995, erfolgte eine zusammenfassende Normierung der für das Dienstverhältnis der **Lehrlinge** bei der Gemeinde Wien geltenden Vorschriften. Da in Aussicht genommen wurde, ab 1. Juli 2002 Lehrlinge in neuen Lehrberufen ausbilden zu lassen, war es erforderlich, die entsprechenden legislativen Maßnahmen zu setzen. Die **Änderung der Dienstvorschrift** wurde mit Beschluss des Gemeinderats vom 25. Oktober 2002, Pr.Z. 04281/2002-GIF, genehmigt.
- In der „Dienstvorschrift für Aushilfs- und Saisonbedienstete 1997“ sind alle Rechte und Pflichten jener städtischen Bediensteten zusammenfassend normiert, die ausschließlich zur Erfüllung von Aufgaben, die in einer Dienststelle entweder lediglich vorübergehend aus bestimmten Anlässen oder zu bestimmten Zeiten des Jahres anfallen, in ein vertragliches Dienstverhältnis zur Gemeinde Wien aufgenommen werden, sofern für sie nicht ein Kollektivvertrag gilt. Die **Aushilfs- und Saisonbediensteten** sind in den §§ 6 und 7 der Dienstvorschrift je nach ihrer Verwendung taxativ aufgezählt, wobei sich der Monatsbezug entweder aus einer bestimmten Einreihung im Gehaltsschema der Vertragsbedienstetenordnung 1995 ergibt oder ziffernmäßig festgesetzt ist. Auf Grund des Besoldungsabkommens der Gemeinde Wien für 2003 wurden im öffentlichen Dienst die Bezugsansätze der Gehaltsschemata ab 1. Jänner 2003 um 2,1 Prozent angehoben. Von der MA 1 wurden die entsprechenden Adaptierungen vorgenommen. Überdies wurde die Dienstvorschrift durch Beschluss des Gemeinderats vom 25. Oktober 2002, Pr.Z. 03645/2002-GIF, um die Aushilfsbediensteten des Büchereifachdienstes erweitert.
- Mit Beschluss des Stadtsenates vom 20. September 2002, Pr.Z. 3963/2002-MDALTG, sind abändernde Regelungen über die **Abgeltung**

# Integration, Frauenfragen, Konsumenten

von Prüfungstätigkeiten an städtischen Privatschulen getroffen worden.

- Eine generelle Bezugserhöhung im öffentlichen Dienst wirkt sich im Bereich der Gemeinde Wien nicht nur auf die Gehaltsansätze der Beamten und Vertragsbediensteten aus. Von einer solchen Erhöhung sind regelmäßig die in Einzelsonderverträgen und Gruppensonderverträgen normierten Entgelte, die Bezüge von Aushilfs- und Saisonbediensteten und vor allem die **Nebengebühren** betroffen. Hiezu mussten die zur ordnungsgemäßen Durchführung dieser Änderung notwendigen Beschlüsse der zuständigen Organe eingeholt werden. Im Zusammenhang mit dem Besoldungsabkommen für das Jahr 2003 wurde mit der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten vereinbart, dass die Nebengebühren mit 1. Jänner 2003 um 2,1 Prozent erhöht werden, sofern sich ihre Höhe nicht (wie z. B. bei den Mehrdienstleistungen) von den Gehaltsansätzen ableitet oder im Einzelfall nicht anderes vereinbart wurde.
  - Neben der generellen Erhöhung der Nebengebühren wurden im Jahr 2002 durch Beschlüsse des Stadtsenates zahlreiche Änderungen auf dem Gebiet der Nebengebühren vorgenommen. Neben formalen Anpassungen des Nebengebührenkatalogs und der Umsetzung des Ergebnisses der umfassenden Evaluierung waren Neuregelungen erforderlich, die veränderten oder neuen Arbeitsbedingungen bestimmter Bediensteter Rechnung tragen sollten.
  - Soweit für städtische Bedienstete Kollektivverträge gelten, waren im Jahr 2002 folgende Maßnahmen erforderlich:
    - Für die **Landarbeiter** der Gemeinde Wien, das sind alle Landarbeiter, Gutshandwerker (Professionisten) und Saisonarbeiter im Landwirtschaftsbetrieb der Stadt Wien, gilt ein Kollektivvertrag, der sich inhaltlich eng an entsprechende Kollektivverträge für private Gutsbetriebe anlehnt, die auf Dienstgeberebene durch den Zentralverband der land- und forstwirtschaftlichen Arbeitgeber vertreten werden. Mit der Gewerkschaft wurden für die Landarbeiter der Gemeinde Wien einige Änderungen des Kollektivvertrages vereinbart. Diese ab 1. März 2002 geltenden Änderungen wurden durch den Gemeinderat mit Beschluss vom 26. Juni 2002, Pr.Z. 02463/2002-GIF, genehmigt.
    - Für die **Forstarbeiter** der Gemeinde Wien gilt ein Kollektivvertrag, der sich inhaltlich eng an den Mantelvertrag für private Forstarbeiter anlehnt, die auf Dienstgeberebene durch den Zentralverband der land- und forstwirtschaftlichen Arbeitgeber vertreten werden. Für die Forstarbeiter der Gemeinde Wien wurden einige Änderungen im Kollektivvertrag vereinbart. Die ab 1. April 2002 geltende Kollektivvertragsänderung wurde vom Gemeinderat am 26. Juni 2002, Pr.Z. 02465/2002-GIF, beschlossen.
    - Die in einem privatrechtlichen Dienstverhältnis zur Stadt Wien stehenden **Gutsangestellten** des Landwirtschaftsbetriebes der Stadt Wien werden nach einem Kollektivver-
- trag behandelt, der sich im Wesentlichen an den Kollektivvertrag für die Gutsangestellten der Privatwirtschaft anlehnt. Nach Verhandlungen mit der Gewerkschaft wurden Kollektivvertragsänderungen vereinbart. Die Genehmigung dieser Kollektivvertragsänderung erfolgte durch den Beschluss des Gemeinderats vom 26. September 2002, Pr.Z. 03638/2002-GIF.
- Soweit es durch das Wiener Personalvertretungsgesetz vorgesehen ist, wurden die durch die MA 1 gesetzten Maßnahmen unter Befassung der zuständigen Personalvertretungsorgane getroffen. Hiezu gehören insbesondere auch alle Arbeitszeitregelungen.
  - Im Berichtsjahr wurde seitens der MA 1 wieder zu zahlreichen Gesetzentwürfen (Verordnungsentwürfen) im Rahmen der vorgesehenen **Begutachtungsverfahren** Stellung genommen, soweit unmittelbar oder mittelbar Berührungspunkte zu Personalangelegenheiten der Bediensteten der Gemeinde Wien gegeben waren.
  - An der Ausarbeitung von mit den angeführten Gesetzesänderungen einhergehenden Dienstabweisungen hat die MA 1 mitgewirkt.
  - Im Berichtszeitraum hat die MA 1 des Weiteren **Stellungnahmen zu Verbesserungsvorschlägen** im Rahmen des betrieblichen Vorschlagswesens abgegeben und war in verschiedenen Angelegenheiten der Verwaltungsorganisation beratend tätig. Sie hat ferner an verschiedenen von der Magistratsdirektion eingesetzten Arbeitskreisen teilgenommen, in denen beabsichtigte Neukonzeptionen aus der Sicht der allgemeinen Personalangelegenheiten erörtert wurden.
  - Die MA 1 hat ferner an der Jahreskonferenz der beamteten Personalreferenten der Länder, die am 14. und 15. Mai 2002 in Leibnitz stattfand, teilgenommen.
  - Die MA 1 war außerdem mit **Beschwerden** nach dem Wiener Personalvertretungsgesetz an die gemeinderätliche Personalkommission befasst, in denen Rechtsverletzungen bei der Geschäftsführung von Personalvertretungsorganen behauptet wurden, da ihr das zur Beschlussfassung der gemeinderätlichen Personalkommission erforderliche Ermittlungsverfahren obliegt.
  - An Routineangelegenheiten sind zu erwähnen:
    - Beantwortung zahlreicher Anfragen in allgemeinen Personalangelegenheiten
    - Teilnahme an einschlägigen Amtsbesprechungen
    - Erstellen von Antwortentwürfen zu einschlägigen Anfragen anderer Gebietskörperschaften, der Verbindungsstelle der Bundesländer, u. a. m.

## Zentrales Mitarbeiter/innenservice für Dienstrecht und Besoldung (MA 2)

Die Tätigkeit der mit 1. Juli 2001 neu geschaffenen MA 2 (Zentrales Mitarbeiter/innenservice für Dienstrecht und Besoldung) war auch im abgelaufenen Jahr insbesondere davon geprägt, die internen Strukturen derart zu gestalten und auszubauen, dass der aus der Zusammenlegung von Perso-

nal- und Besoldungsamt entstandene **Synergieeffekt** bestmöglich genutzt werden kann.

Die MA 2 hatte 2002 zahlreiche **dienst- und besoldungsrechtliche Neuerungen** zu vollziehen, von denen hier nur die wichtigsten angeführt werden können:

- Mit 1. Jänner 2002 traten die Bestimmungen betreffend die Eltern-Karenz in Kraft. Die Mitarbeiter/innen erhalten einen umfassenden und informativen Leitfaden. Dennoch führen die Komplexität der Materie und die unterschiedliche Lagerung der Einzelfälle zu zahlreichen Anfragen und bedingen damit einen erhöhten Verwaltungsaufwand.
- 2002 wurde die Möglichkeit geschaffen, während der Eltern-Karenz bzw. in einem daran anschließenden Karenzurlaub gegen Entfall der Bezüge von zu Hause auf Wien Intern zuzugreifen und somit die Verbindung mit Dienststelle und Magistrat aufrecht zu erhalten. Diese Maßnahme wird von der Stabsstelle EDV administriert.
- Aufgrund der Schaffung des neuen Schemas II/IV KAV für Ärzt/innen des Krankenanstaltenverbundes war die besoldungsrechtliche Stellung der Betroffenen zu ermitteln bzw. die Überleitung in das neue Schema durchzuführen.
- Gemäß einer Verordnung des Bundesministers für Finanzen ist seit 1. Jänner 2002 bei Personen, die gleichzeitig mehrere Pensionen erhalten, die Lohnsteuer für alle Pensionseinkünfte zu berechnen und einzuheben, wenn die Stadt Wien die höchste Pensionsleistung auszahlt. Davon waren 2002 mehr als 5.600 Personen betroffen. Nicht nur diese große Zahl sondern auch die Altersstruktur der Betroffenen bedeutete einen beträchtlichen zusätzlichen Arbeits- und Informationsaufwand.
- Die mit 1. Jänner 2003 in Kraft tretenden pensionsrechtlichen Bestimmungen (Einführung eines Durchrechnungszeitraumes für die Pensionsbemessung und Schaffung eines Kinderzurechnungsbetrages) waren – vor allem auch im Bereich der EDV – entsprechend vorzubereiten.
- Im Wege der Dienststellenleiter/innen erfolgte eine Evaluierung der Nebenbeschäftigungen.
- 2002 wurde erstmals von der MA 2 die Aufnahme bzw. Zuteilung von Ferialpraktikant/innen abgewickelt.

Die Gesamtzahl der beim Magistrat der Stadt Wien beschäftigten Bediensteten betrug am 31. Dezember 2002 ohne Saisonbedienstete 65.359. Das Verhältnis der öffentlich-rechtlich und privatrechtlich beschäftigten Bediensteten veränderte sich auch in diesem Bezugsjahr weiter zu Gunsten der Vertragsbediensteten: **34.951 Vertragsbedienstete** (2001: 34.182) und **30.408 Beamten/innen** (2001: 31.125). Eine geringfügige Veränderung der Zusammensetzung des Bedienstetenstandes konnte auch wieder bei der Anzahl der männlichen und weiblichen Bediensteten festgestellt werden: **41.457 weibliche Bedienstete** (2001: 41.201) und **23.902 männliche Bedienstete** (2001: 24.106). Im Bereich des Magistrats der Stadt Wien wurden insgesamt 2.980 ausländische Bedienstete (davon

386 Bedienstete mit EWR-Staatsbürgerschaft) beschäftigt. Auf Grund der Personalfluktuation wurden 3.821 Neuaufnahmen durchgeführt und 2.992 Dienstbeendigungen (ohne Pensionierungen und ohne Saisonbedienstete) vorgenommen. Mit Stichtag 31. Dezember 2002 übten beim Magistrat der Stadt Wien 1.937 Beamten/innen sowie 5.261 Vertragsbedienstete eine **Teilzeitbeschäftigung** aus. 1.810 Bedienstete befanden sich in **Eltern-Karenz**, 1.359 Bedienstete konsumierten einen **sonstigen Karenzurlaub**. Von der MA 2 wurden im Berichtsjahr 347 Pragmatisierungen positiv bearbeitet, 170 Pragmatisierungsansuchen mussten negativ erledigt werden.

Im **Bewerbungsreferat** der MA 2 wurden 2002 insgesamt 9.372 schriftliche Bewerbungen (2001: 6.919) registriert. Mit 5.225 Bewerber/innen wurden persönliche Informationsgespräche geführt sowie rund 14.000 telefonische Auskünfte erteilt. Vom **Informationsreferat** der MA 2 wurden im Berichtsjahr 11.161 (2001: 8.037) Anfragen beantwortet bzw. Auskünfte in dienstrechtlichen Belangen erteilt, wobei ein großer Teil pensionsrechtliche Fragen sowie die neue Eltern-Karenz betraf. Für den Bereich des Magistrats der Stadt Wien wurden im Berichtsjahr 1.116 **Dienstunfallsanzeigen**, für den Bereich der Wiener Stadtwerke 189 Dienstunfallsanzeigen bearbeitet. Es wurden 30 Rentenbescheide betreffend Dienstunfälle und Berufskrankheiten erlassen sowie in 32 Fällen ein Versehrtegeld zuerkannt.

1.570 Mitarbeiter/innen des Magistrats der Stadt Wien erhielten aus Anlass eines 25-, 40- oder 50-jährigen **Dienstjubiläums** ein entsprechendes Schreiben. 878 **Pensionierungen** wurden bearbeitet, wobei zum Zeitpunkt der Ruhestandsversetzung 454 Beamten/innen das 60. Lebensjahr vollendet hatten. Das Pensionsdurchschnittsalter ist mit 57,19 Jahren gegenüber dem Vorjahr fast gleich geblieben (57,36 Jahre). Für 19.594 Personen wurden Ruhe- oder Versorgungsbezüge angewiesen. An 1.674 Personen wurde Pflegegeld ausbezahlt. Im Bereich der Bezugsverrechnung für Landeslehrer/innen wurden Bezüge für 8.538 pragmatisierte Landeslehrer/innen, 4.436 Landesvertragslehrer/innen und 4.578 Pensionist/innen angewiesen.

Sowohl das magistratsinterne Angebot, **dienst- und besoldungsrechtliche Informationen in Wien Intern** abrufen zu können, als auch die externe Information über wien.at wurden konsequent ausgebaut.

Die **Euro-Umstellung** mit 1. Jänner 2002 konnte klaglos bewältigt werden, was angesichts der mehr als 103.000 Konten von Aktiven und Ruhegenussbezieher/innen, die von der MA 2 verrechnet werden, eine besondere Leistung dargestellt hat.

Am 31. Dezember 2002 standen insgesamt **814 Lehrlinge in 34 verschiedenen Berufen** in einem Lehrverhältnis zur Stadt Wien. Von 1.232 Bewerber/innen wurden nach einem Auswahlverfahren und Eignungstests 288 aufgenommen. Im Lehrberuf Bürokauffrau/Bürokaufmann wurde der im

# Integration, Frauenfragen, Konsumenten

Vorjahr begonnene Schulversuch Wirtschaftsinformatik fortgesetzt. Darüber hinaus starteten ab dem Schuljahr 2002/2003 drei Laptop-Klassen an der Berufsschule Castelligasse, wodurch ein weiterer Schritt in Richtung einer **zukunftsorientierten Lehrlingsausbildung** gesetzt wurde.

Ein wesentlicher Beitrag zur Qualitätssteigerung in der Lehrlingsausbildung ist die Fremdsprachenausbildung im Rahmen internationaler Projekte. 30 Lehrlinge des Lehrberufs Bürokauffrau/Bürokaufmann hatten Gelegenheit, an einem zweiwöchigen **Sprach- und Ausbildungsaufenthalt in Dublin/Irland** teilzunehmen, wo sie sich in einem Sprachinstitut auf die BEC-Prüfung (Business English Certificate) vorbereiteten, zu der sie anschließend beim British Council in Wien antraten. In berufsbezogenen Projekten konnten sie Gemeinsamkeiten und Unterschiede der Stadtverwaltung von Dublin und Wien erarbeiten, die sie anlässlich einer Medienreise der amtsführenden Stadträtin für Integration, Frauenfragen, Konsumentenschutz und Personal, Mag. Renate Brauner, und Journalist/innen präsentierten.

Mit der Stadtverwaltung von **Helsinki** wurde ein **Lehrlingsaustauschprogramm** begonnen, wobei im März sechs Lehrlinge der Stadt Helsinki ein vierwöchiges Praktikum bei der Stadt Wien absolvierten und gleichzeitig sechs Bürokauffraulehrlinge der Stadt Wien in der Stadtverwaltung von Helsinki arbeiteten. Im November kamen weitere drei Lehrlinge aus Helsinki für vier Wochen zur Ausbildung nach Wien. Die Lehrlinge besuchten dabei auch jeweils die Berufsschule des Gastlandes. Diese Ausbildungsmaßnahme wurde im Europass dokumentiert.

Ein Kraftfahrzeugtechniker- und Kraftfahrzeugelektrikerlehrling nahm an einem vierwöchigen Ausbildungsaufenthalt in Birkenhead/Großbritannien teil. Als Ergänzung der praktischen Ausbildung der Lehrlinge in den Dienststellen der Stadt Wien und der Ausbildung in der Berufsschule

wurden 44 Lehrlingsseminare, 17 EDV-Kurse, 2 Englisch-Kurse und 11 Vorbereitungskurse für die Lehrabschlussprüfung abgehalten. Für neue Lehrlingsausbilder/innen wurden vier Schulungen veranstaltet, die rechtliche, psychologische und praktische Grundlagen der Lehrlingsausbildung zum Inhalt hatten.

Besonderes Augenmerk wurde auch dem Thema **Lehrlingsgesundheit** gewidmet. Daher wurden 242 Lehrlinge des zweiten Lehrjahres zu einer Ernährungsberatung unter dem Motto „Jung, fit und gesund“ eingeladen, die in Kooperation mit der Akademie für den diät- und ernährungsmedizinischen Beratungsdienst am AKH und dem Wiener Lebensmittel- und Ernährungsservice der MA 38 durchgeführt wurde.

## Fremdenrechtliche Angelegenheiten (MA 20)

### Allgemeines

Nach den in den Vorjahren erfolgten grundlegenden Umstrukturierungen der MA 20 wurden im Jahr 2002 vor allem Vorhaben umgesetzt, die der Bewältigung der neuen Rechtslage auf dem Gebiet des Fremdenrechts dienen. Da bereits im Begutachtungsverfahren klar wurde, dass die Umsetzung der Fremdengesetznovelle zu bedeutenden finanziellen Belastungen der Länder führen wird, erarbeitete die MA 20 die Unterlagen für die Forderung des Landes Wien, Verhandlungen in einem Konsultationsgremium aufzunehmen.

Darüber hinaus stand die Fortführung bereits bestehender Vorhaben zur **Steigerung der Kund/innenfreundlichkeit und Effizienz** der MA 20 sowie die Implementierung neuer Projekte auf diesem Gebiet im Vordergrund. So wurde – wie bereits 2001 geplant – das E-Vienna-Online-Service installiert, das bereits von den Anwendern akzeptiert wird. Die fremdenrechtlichen Antragsformulare wurden in elf Sprachen übersetzt und die so genannten Ausfüllhilfen, die der Erläuterung der Formulare dienen, fertig gestellt.

Besonders hervorzuheben ist, dass die MA 20 über Initiative der amtsführenden Stadträtin für Integration, Frauenfragen, Konsumentenschutz und Personal seit April 2002 eine **Willkommensmappe** für Migrant/innen, die das erste Mal nach Wien kommen, mit wichtigen Informationen und weiterführenden Tipps für einen konfliktfreien Start versendet. Damit verbunden ist auch eine Einladung zu einem muttersprachlichen **Orientierungsgespräch**. Es wurden bereits ca. 6.000 Willkommensmappen versendet und 26 Orientierungsgespräche in Kleingruppen veranstaltet. Der Text der Mappen wird ständig aktualisiert und den Bedürfnissen der Migrant/innen angepasst. An diesem Projekt besteht nicht nur seitens der Zielgruppe reges Interesse, auch in- und ausländische Expert/innen auf dem Gebiet der Migration nehmen daran großen Anteil.

Um den Anliegen der Kund/innen noch besser Rechnung tragen zu können, besuchte im Jahr 2002 eine Anzahl der Mitarbeiter/innen der MA 20



Integrationsstadträtin Mag. Renate Brauner bei einem Orientierungsgespräch.

auf freiwilliger Basis einen von der MA 20 organisierten **Türkischkurs**, der sehr großen Anklang gefunden hat und bereits jetzt Erfolge in der Praxis zeigt. Die Serviceorientierung der MA 20 findet auch darin ihren Ausdruck, dass im Jahr 2002 insgesamt rund 173.000 telefonische, persönliche oder schriftliche Beratungen durchgeführt wurden.

Der Web-Auftritt der MA 20 in [wien.at](http://www.wien.at) ([www.wien.at/fremde](http://www.wien.at/fremde)) verzeichnete seit seiner Veröffentlichung im Jahr 2000 ca. 43.000 Besuche. Beim Vollzug des Fremdengesetzes 1997 ist es im Jahr 2002 nochmals gelungen, die Abwicklung der **Verlängerungsverfahren** durch verstärkten Online-Zugriff auf die Datenbanken des Bundesministeriums für Inneres so zu beschleunigen, dass die Kund/innen in ca. 55 Prozent der Verfahren die Bewilligung bereits am Tag der Antragstellung erhielten („Ein-Tages-Vignette“), womit eine Steigerung um elf Prozent im Vergleich zum Vorjahr erreicht werden konnte. Hervorzuheben ist, dass ca. 87 Prozent der Anträge innerhalb von drei Wochen finalisiert wurden.

Die im Jahr 2001 von der Europäischen Kommission unter den besten E-Government-Projekten in Europa eingestufte und mit dem Europäischen Emblem „eGovernment good practice“ ausgezeichnete Entwicklung eines **elektronischen Aktes im Ausländergrunderwerbsreferat** wurde entsprechend den Vorgaben des Kontrollamtes und der Magistratsdirektion – Verwaltungsorganisation weiterentwickelt und kann 2003 eingesetzt werden.

Aus Anlass der Fremdengesetznovelle 2002 wurden kontinuierliche **Mitarbeiter/innenschulungen** durchgeführt. Bedingt durch die gesetzlichen Änderungen waren auch umfangreiche Adaptierungen auf dem EDV-Gebiet durchzuführen. Auf dem Personalsektor wurden die Vorbereitungen für die Durchführung der Mitarbeiter/innenorientierungsgespräche getroffen, das Projekt einer neuen Mitarbeiter/innenbeurteilung durchgeführt und das bestehende **Arbeitszeitmodell weitgehend flexibilisiert**.

## Aufenthaltstitel

Die Zahl der im Jahr 2002 durchgeführten fremdengesetzlichen Verfahren zur Erteilung von Aufenthaltstiteln (Niederlassungsbewilligungen) ergibt sich aus folgender Tabelle, wobei zwischen Personen zu unterscheiden ist, die erstmalig einen diesbezüglichen Antrag gestellt haben (Erstanträge), und solchen, die bereits über einen Aufenthaltstitel verfügt haben und diesen verlängern wollten (Verlängerungsanträge).

### Aufenthaltstitel – Erstanträge

Eingelangte Anträge	5.361
Erteilte Bewilligungen	4.046
Negative Erledigungen	944
Akten in Quotenwarteposition	6.650

### Aufenthaltstitel – Verlängerungsanträge

Eingelangte Anträge	38.142
Erteilte Bewilligungen	38.529

Negative Erledigungen	156
Verfahren zur Aufenthaltsbeendigung („§ 15-Verfahren“)	93

Zu ergänzen ist, dass hiervon 3.643 Anträge (hauptsächlich Erstanträge) bei der MA 20 eingebracht wurden, für deren Erledigung andere Behörden zuständig waren.

## Ausländergrunderwerb

Die Zahl der im Bereich des Vollzugs des Wiener Ausländergrunderwerbsgesetzes im Jahr 2002 durchgeführten Verfahren hat sich – wie der folgenden Tabelle zu entnehmen ist – im Vergleich zum Vorjahr mehr als verdoppelt:

Eingebrachte Anträge	1.315
Genehmigungen	591
Ab- und Zurückweisungen	27

Bezüglich der **Staatsangehörigkeit der Antragsteller/innen** in den Genehmigungsverfahren ergibt sich folgendes Bild: Die meisten Antragsteller/innen der im Jahr 2002 eingeleiteten Verfahren stammen aus Jugoslawien (132), gefolgt von Bosnien-Herzegowina (86), Kroatien (65) und der Schweiz (34).

Weiters wurden im Jahr 2002 im Ausländergrunderwerbsreferat 590 Bestätigungen darüber ausgestellt, dass ein Eigentumserwerb nicht der Genehmigungspflicht nach dem Wiener Ausländergrunderwerbsgesetz unterliegt (**Negativbestätigungen**). Die Antragsteller/innen sind insbesondere Angehörige von Staaten aus dem EWR. Bei der Staatsangehörigkeit der jeweiligen Erwerber/innen liegt Deutschland mit 268 Antragsteller/innen an der Spitze, gefolgt von Italien mit 80, Großbritannien mit 53 und Frankreich mit 27.

## Lebensmitteluntersuchungsanstalt der Stadt Wien (MA 38)

Die MA 38 ist eine Untersuchungsanstalt nach § 49 Lebensmittelgesetz (LMG 1975). Ihr Aufgabenkreis – die Untersuchung von Lebensmitteln und in bestimmten Fällen von Gebrauchsgegenständen im Sinne des LMG – ist in einem Statut geregelt.

Ihr **Wirkungskreis** erstreckt sich auf Untersuchungen von Lebensmitteln und Begutachtung von amtlichen und privaten Proben nach dem LMG 1975, veterinärärztliche Untersuchungen, derzeit vornehmlich auf Trichinen, sowie Kontrolle von Produkten, Betriebskontrollen, Teilnahme an Küchenbauverhandlungen, Hygieneaudits und Begutachtungen für Dienststellen des Magistrats, des Bundes und der Gerichte. Seit 2001 ist die MA 38 auch berechtigt, Kontrollen im Rahmen des AMA-Gütesiegels durchzuführen.

Die **Analysenmethoden** sind in **ständiger Entwicklung**. Die Anwendung neuer Untersuchungsmethoden ist eine unumgängliche Notwendigkeit. So wurde im Jahr 2002 eine „state of art“ Methode zum Nachweis von Malachitgrün (teichwirtschaftliches Hilfsmittel zur Behandlung von Zoonosen) bei Süßwasserspeisefischen validiert. Weiters wurde auch eine Methode zur Untersu-

# Integration, Frauenfragen, Konsumenten

chung von Lebensmitteln auf Acrylamid – eine vermutlich kanzerogene Substanz, die im Zuge eines Erhitzungsprozesses aus lebensmitteleigenem Eiweiß und Kohlehydraten gebildet wird – neu entwickelt. Die Genauigkeit dieser beiden Methoden wurde auch im Rahmen von Ringversuchen erfolgreich durch eine unanhängige, europaweit anerkannte Fachkommission bestätigt.

Grundsätzlich werden die an der MA 38 zur Untersuchung eingebrachten amtlichen Proben nach bestimmten, besonderen Gesichtspunkten im Rahmen der Kontrollen durch die MA 59 – Marktamt ausgewählt.

Im Jahr 2002 wurden bei insgesamt **10.600 Lebensmittelproben**, die vom Marktamt, Veterinäramt, anderen Institutionen oder auch privaten Stellen (Herstellern, Händlern, Importeuren) eingeschickt worden sind, Untersuchungen und Begutachtungen durchgeführt. Gegenüber dem Vorjahr ist hinsichtlich der Gesamtzahl der untersuchten Proben eine leichte Steigerung zu beobachten gewesen, die unter anderem auch durch anders gelagerte Schwerpunkte der Routinearbeit der MA 59 zu erklären ist.

Von den nach LMG 1975 untersuchten Proben waren 7.604 amtliche und 2.931 private Proben sowie 65 amtliche Informationsproben. Die meisten Untersuchungen entfielen auf Fleisch, Fleischwaren, Würste, Fleischkonserven, Geflügel, Fische und Gemüse. 2002 waren 66,3 Prozent (gegenüber 66,9 Prozent im Jahr 2001) der an die LUA eingebrachten amtlichen Proben nicht zu beanstanden. 33,7 Prozent der Proben waren somit zu beanstanden, und wurden als gesundheitsschädlich, verdorben, verfälscht oder falsch bezeichnet. Bei den Beanstandungen wegen Gesundheitsschädlichkeit war ein geringfügiger Rückgang, bei der Zahl der Verdorbenheiten eine geringfügige Zunahme zu erkennen.

Der Nachweis von für den Menschen pathogenen Keimen bei Lebensmitteln ist ein Hauptaufgabengebiet der mikrobiologischen Untersuchungen. In der Hauptsache waren es Salmonellen, die nachgewiesen werden konnten.

Steigende Bedeutung im Aufgabenbereich der MA 38 nehmen die Bereiche **Lebensmittelhygiene und Beratung** von Produzenten, Firmen aber auch die Betreuung von Konsument/innen durch das Wiener Lebensmittel- und Ernährungsservice ein. Spezielle Anforderungen an Lebensmittelbetriebe, Großküchen und Gastronomie wie auch die Einhaltung gesetzlicher Standards sind Themen, die es zu behandeln gilt. Oft sind es offene Fragen und Problemstellungen, die erst während der Produktion auftreten, und die rasche und unkomplizierte Lösungen erfordern.

Im Rahmen der MA 38 bearbeiteten die Mitarbeiter/innen des Wiener Lebensmittel- und Ernährungsservices (Tel. 4000/8038) im Jahre 2002 insgesamt **7.950 Anfragen**, die entweder über Telefon, Internet bzw. auch im Rahmen von verschiedenen Veranstaltungen abgewickelt wurden.

Durch weitere Umstrukturierung des Referats für Öffentlichkeitsarbeit und Erweiterung des Teams durch eine Ernährungswissenschaftlerin und eine Diplomierte Diätassistentin konnten die Informationsinhalte und Tätigkeitsbereiche im Sinne der Konsument/inneninformation für die Wiener Bevölkerung auch auf diesem Gebiet weiterhin ausgebaut werden. So konnten im Jahr 2002 an die 580.000 Internetzugriffe registriert werden. Die eindrucksvolle **Steigerung der Konsument/-innenkontakte** begründet sich auch in der ständigen Erweiterung des Informationsangebotes. So wurden in wien.at insgesamt mehr als 220 Internetbeiträge zur Verfügung gestellt.

Durch Vernetzungen und Kooperationen mit anderen Magistratsabteilungen (MA 15, MA 59, MA 60) konnte das Wiener Lebensmittel- und Ernährungsservice an zahlreichen Publikumsmessen und Veranstaltungen teilnehmen.

Im Rahmen einer Initiative der Magistratsdirektion-Bedienstetenschutz wurde von den Mitarbeiter/innen eine **aufsuchende Ernährungsinformation** für Wiener Gemeindebedienstete durchgeführt. Im Sommer 2002 wurde das Projekt „Gemüse und Kräutergarten“ gemeinsam mit einer Volksschulklasse aus Wien 3., Landstraßer Hauptstraße 146, durchgeführt.

Zahlreiche Vorträge zu einschlägigen Ernährungs- und Lebensmittelthemen wurden gehalten. Folder zu Lebensmittel- und Ernährungsthemen (z. B. die Broschüre „Essen leicht gemacht“) wurden neu gestaltet bzw. überarbeitet.

Die Mitarbeit an der **Erstellung des österreichischen Lebensmittel-Codex** in einer Reihe von Unterkommissionen sowie auch in Fachausschüssen des Österreichischen Normungsinstituts wurde fortgeführt. Die Erfahrungen und speziellen Kenntnisse der Mitarbeiter/innen der Anstalt werden regelmäßig durch verschiedene Vortragstätigkeiten auch im Bereich der Verwaltungsakademie genutzt.

Veranstaltungen im Rahmen des ärztlichen als auch des tierärztlichen Physikaturses werden ebenfalls an und von der MA 38 abgehalten. Die Mitarbeiter/innen der MA 38 waren außerdem durch zahlreiche Referent/innen zu den Themen Grundlagen der Lebensmittelkunde, Lebensmittelvergiftungen und auch zum großen Bereich der Lebensmittelhygiene bzw. Einführung von „Hazard Analysis Critical Control Point“-Konzepten (HACCP) auf mehreren Fachtagungen zu Vorträgen eingeladen.

## Zentraler Einkauf (MA 54)

Der MA 54 obliegt die **Bedarfsprüfung** und die **Beschaffung** bzw. die **Instandhaltung** der von den städtischen Dienststellen benötigten Güter und Dienstleistungen, soweit nicht durch die Geschäftseinteilung und den Erlass der Magistratsdirektion über Spezialerfordernisse diese Aufgaben einzelnen Dienststellen überlassen werden.

Im Rahmen des Einkaufs wird zur Versorgungssicherung und Rationalisierung bei der Zustellung der Waren in Wien 21., Oswald-Redlich-Gasse 9, ein Zentrallager betrieben. An diesem Standort wird auch der Werkstättenbetrieb geführt. Weiters werden für die Magistratsdirektion – Krisenmanagement und Sofortmaßnahmen ein Lager in Wien 3., Viehmarktgasse 4, in welchem Gebrauchsgüter für die Flüchtlingshilfe gelagert werden und für die MA 11 in Wien 21., An der oberen Alten Donau, ein Lager für gebrauchte Kindergartenmöbel verwaltet. Die Druckerei befindet sich in Wien 3., Am Modenapark 1–2. Insgesamt sind 152 Bedienstete in der MA 54 beschäftigt. Dazu kommen 3 Bürokaufmannslehrlinge und 1 Tischlerlehrling.

Die für den Zentralen Einkauf anfallenden Einnahmen und Ausgaben werden auf einem betriebsmäßig verrechneten Ansatz budgetiert. Der **Gesamtumsatz** betrug rund 86 Mio. EUR inkl. USt. Durch die Zusammenfassung des magistratsweiten Bedarfs und die damit verbundene Ausschreibung von großen Mengen, sowie teilweise durch den Einkauf direkt beim Produzenten werden je nach Warenart Preisnachlässe bis zu 60 Prozent erzielt. Wenn man nur von einer durchschnittlichen Einsparung von 30 Prozent ausgeht, so ergibt dies über 25 Mio. EUR pro Jahr. Zu diesem beträchtlichen wirtschaftlichen Vorteil des zentralen Einkaufs kommt noch die Ersparnis beim Personalaufwand, welcher nach einer Untersuchung der MD-VO bei einem dezentralen Einkauf gegenüber einem zentralen Einkauf zwischen 3 und 8 Mal höher wäre.

Beim zentralen Einkauf ist überdies die seit längerer Zeit erhobene Forderung nach Trennung der Funktionen von Einkauf und Kontrolle der Leistung bei der Übernahme bereits erfüllt. Dazu kommen die Vorteile, die sich aus der Lagerhaltung für einen Umsatzanteil von ca. 7,4 Mio. EUR ergeben, durch die **jederzeitige Verfügbarkeit der Lagerwaren** sowie durch die Umweltfreundlichkeit und Rationalisierung der Auslieferungen, da z. B. bei der Büromaterialauslieferung an Stelle einer Vielzahl von Zulieferungen durch verschiedene Firmen nur eine Zulieferung durch das Zentrallager erfolgt. Bei Lagerwaren gibt es überdies besonders große Preisvorteile, auch unter Einbeziehung der Lagerkosten.

Die Beschaffung **umweltfreundlicher Produkte** ist ein wichtiger Teil umweltbewussten Verhaltens. Neben den eigentlichen Produkten wird auch die Verpackung sowie die Entsorgung bzw. mögliche **Wiederverwertung** in die Bewertung einbezogen. Als Beispiel umweltfreundlicher Produkte ist die Ausschreibung über Kopiergeräte zu nennen. Im Jahr 2002 wurden die vorhandenen analogen Kopiergeräte durch ca. 1.250 neue Digitalkopierer ersetzt. Der Austausch erfolgte im Juni 2002 bzw. bei den Schulen der MA 56 im September 2002. Der Unterschied der neuen digitalen Kopierer zu den alten analogen Kopiergeräten besteht darin, dass die Vorlage nunmehr eingescannt und danach ausgedruckt wird. Weiters sind diese Geräte weniger reparaturanfällig. Trotz dieser

technischen Weiterentwicklung sind die Kosten pro Kopie weiter gesunken.

Wohngemeinschaften, subventionierte Gruppen, Vereine und ähnliche Institutionen, die ihre Objekte mit finanzieller Hilfe der Stadt Wien einrichten, lassen sich auf Grund von Empfehlungen des Kontrollamts bzw. der MA 5 von der MA 54 beraten und müssen auch Kostenvoranschläge bzw. Rechnungen zur Prüfung der angemessenen Preise vorlegen. Der Gesamtumsatz in diesem Bereich beläuft sich jährlich auf über 4 Mio. EUR. Die Hilfe der Abteilung wird von den betreuten Institutionen geschätzt, da durch die Ausnützung der **Preisvorteile** wesentliche Einsparungen erzielt werden.

Eine weitere umfangreiche Aufgabe ist die **Verwertung des Altmaterials**. 2002 wurden 184 Skartierungen durchgeführt, zum Teil auch in städtischen Objekten außerhalb Wiens. Skartierte Gegenstände werden entweder ab Lagerort oder im Zentrallager oder über das Dorotheum verkauft.

Vom Werkstättenbetrieb der MA 54 wurden für Schlichtungsverfahren bei den Magistratischen Bezirksämtern 137 Gutachten über den Wert von Wohnungsinventar erstellt.

In der MA 54 werden jährlich ca. 50.000 Geschäftsfälle bearbeitet, darunter waren 6.600 Lieferaufträge für das Unternehmen Wiener Wohnen, wobei ein Geschäftsfall eine unterschiedliche Anzahl von Artikeln enthält. Dabei werden 4.900 ständige Auslieferungsstellen der Stadt Wien mit Bedarfsgütern versorgt, wobei für Wiener Wohnen eine Zustellung von Lagerwaren an 3.900 städtische Hausbesorger erfolgt. Die Mieter von Wiener Wohnen haben den Vorteil der sehr günstigen Preise der MA 54, die inklusive Hauszustellung deutlich unter den Marktpreisen ohne Zustellung liegen.

## Warengruppe 1

Die Warengruppe 1 umfasst Lebensmittel, Brennstoffe, Erste-Hilfe-Artikel sowie Bildschirmarbeitsbrillen. Insgesamt wurden von dieser Warengruppe Produkte im Gesamtwert von 9.790.000 EUR eingekauft.

Die Gesamtkosten im Bereich der Lebensmittelbeschaffung für die MA 56 sowie diverse Einrichtungen der MA 12 betragen insgesamt ca. 6.918.000 EUR. Für diverse Werbeträger wurden „Give aways“ im Wert von 5.280 EUR besorgt.

Für die Versorgung der Dienststellen mit Verbandstoffen und Medikamenten im Rahmen der „Ersten Hilfe“ wurden 140.000 EUR ausgegeben. Neu hinzugekommen ist die Beschaffung von verschiedensten Impfstoffen, die im Rahmen des Bedienstetenschutzes an Bedienstete der Stadt Wien verabreicht werden. Dafür wurden Aufträge im Wert von 133.800 EUR vergeben. Für die Bildschirmarbeitsbrillen der Dienstnehmer der Stadt Wien wurden augenfachärztliche Untersuchungen im Wert von 11.670 EUR und die Anfertigung von Bildschirmarbeitsbrillen im Wert von 13.000 EUR veranlasst.

Feste Brennstoffe wurden um ca. 4.000 EUR eingekauft. Für Heizöl extraleicht wurden 188.000 EUR und für Heizöl leicht 940.425 EUR ausgegeben. Zusätzlich erfolgt die laufende Gestion der Jahresausfuhrdaten für die Energiestatistik der MA 66.

Für die Wartung der ca. 37.000 Handfeuerlöcher der Stadt Wien wurden im Jahr 2002 883.500 EUR aufgewendet, der Wert für die Neuanschaffungen betrug 122.200 EUR. Im AKH war auf Grund gesetzlicher Vorgaben der Austausch der vorhandenen Halonlöscher zu veranlassen, die Kosten dafür betrugen 73.000 EUR.

Für die Wiener Rechtsvorschriftensammlung wurden 620 Abonnenten betreut. Im Jahr 2002 wurde eine Aktualisierungslieferung im Gesamtwert von 42.260 EUR durchgeführt. Im Rahmen der betriebswirtschaftlichen Betreuung der hauseigenen Druckerei wurden im Berichtsjahr Rahmenverträge für die effizientere Beschaffung von Verbrauchsmaterialien im Wert von 27.500 EUR abgeschlossen, der Austausch einer unreparablen Offset-Druckmaschine im Wert von 89.000 EUR veranlasst, sowie die laufenden Fragen bei einem Jahresumsatz von etwa 1.500.000 EUR mit ca. 2.000 Aufträgen betreut.

## Warengruppe 2

Die Warengruppe 2 umfasst Textilien und Leder. Im Jahr 2002 wurden Waren im Wert von 5.725.414 EUR eingekauft. Lohnarbeiten und Dienstleistungen sind in diesem Betrag inkludiert.

Für die MA 28, die MA 29 und die MA 33 wurde die Schutzbekleidung umgestellt. Dem neuesten Stand der Technik entsprechend wurde eine neue Sicherheitsarbeitsbekleidung und neue Sicherheitschutzjacken eingekauft, die schwer entflammbar, hochsichtbar, ableitfähig sowie bei den Jacken noch zusätzlich wasserdicht ist. Durch den periodischen Einkauf der Schutz- und Dienstbekleidung ist der Umsatz geringer als im Vorjahr.

Der Anteil an Tapeziererarbeiten und Vorhangstoffen ist etwas gesunken. Dies ist auf den Rückgang der Schulneubauten zurückzuführen. Insgesamt sind die vergleichbaren Preise bis zu 3 Prozent gestiegen.

Die Anzahl der ausgegebenen Wäschepakete ist im Vergleich zum Vorjahr gestiegen, es wurden 16.478 Stück, und zwar 10.649 Säuglingspakete und 5.829 Kleinkinderpakete, den jungen Müttern zur Verfügung gestellt.

## Warengruppe 3

Die Warengruppe 3 umfasst Wirtschaftsgüter und Dienstleistungen. 2002 wurden Wirtschaftsgüter aller Art und Dienstleistungen (Reinigungsarbeiten, Schädlingsbekämpfungen, Transporte und Autobusbeistellungen) im Gesamtwert von 17.511.862 EUR eingekauft.

Der Aufwand für den Ankauf von Wasch- und Reinigungsmitteln betrug 1.704.110 EUR, für Chemi-

kalien und chemisch-technische Produkte 364.058 EUR. Die größten Bedarfsträger sind die Magistratsabteilungen 11A, 23, 44 (vor allem Chemikalien für die Badewasseraufbereitung) sowie die MA 56. Für die Bekämpfung von Eis- und Schneeglätte während der Wintermonate wurden Streusalz und umweltfreundliche Auftaumittel im Gesamtwert von 72.534 EUR eingekauft.

Der Umsatz bei Eisen- und Haushaltsartikeln sowie Geschirr aller Art betrug insgesamt 1.138.798 EUR. Leuchtmittel, wie Glüh- und Leuchtstofflampen sowie Energiesparlampen aller Art wurden um 469.218 EUR eingekauft. Der Bedarf an herkömmlichen Glühlampen ist dabei weiterhin rückläufig, da diese, überall wo es technisch möglich ist, durch Energiesparlampen ersetzt werden. Dadurch ergibt sich ein geringerer Energieverbrauch und in weiterer Folge niedrigere Stromkosten.

Reinigungsmaterialien wurden um 1.236.376 EUR eingekauft. Die Produkte werden für die Objektreinigung benötigt, wobei die größten Verbraucher die Magistratsabteilungen 11A, 23, 48, 56 und Wiener Wohnen sind. Kunststoffartikel aller Art sowie Kunststoffmüllsäcke wurden um 1.125.700 EUR beschafft.

Der Aufwand für den Ankauf von Maschinen, Werkzeugen und Messgeräten betrug insgesamt 1.108.160 EUR. Spielwaren und Beschäftigungsmaterialien für die Magistratsabteilungen 11A und 56 wurden um insgesamt 409.956 EUR beschafft. Der Aufwand für die Lieferung und Aufstellung von standortgebundenen Spielgeräten und Multifunktionsanlagen (Skating-Anlagen) für diverse Kinderspielplätze der Stadt Wien betrug rund 1,2 Mio. EUR. Die Auswahl der Spielgeräte erfolgt dabei jeweils im Einzelfall nach den Bedürfnissen der Nutzer und den örtlichen Gegebenheiten, wobei auf die besonderen sachlichen und pädagogischen Erfordernisse Rücksicht genommen wird.

Die Gesamtkosten für die Auslieferung von Wirtschaftsgütern (Textilien, Bürobedarf, Spielwaren, Reinigungsmaterialien und Leuchtmitteln) vom Zentrallager der MA 54 an die diversen Dienststellen im Raum Wien und der näheren Umgebung durch eine private Transportfirma betragen rund 540.000 EUR. Für die Beistellung von Autobussen für auswärtige Seminarfahrten der Verwaltungsakademie und des Krankenanstaltenverbands sowie für Rundfahrten, die von der MA 53 - Presseinformationsdienst abgewickelt werden, wurden insgesamt 167.500 EUR aufgewendet. Für sonstige Transportleistungen, z. B. Übersiedlungen von einzelnen Dienststellen, wurden insgesamt 138.064 EUR aufgewendet. Im abgelaufenen Jahr wurde die gemeinsame Schulmaterialauslieferung von rund 200 Schultensilien für rund 400 öffentliche Schulen und 100 Privatschulen über eine Privatfirma abgewickelt, wobei diese als Generalunternehmer sowohl die Lagerhaltung der Waren (Logistikcenter) als auch die Zustellung an die Schulen durchführte. Die Gesamtkosten betragen rund 190.000 EUR.

In vielen Bereichen des Magistrats, z. B. in Schulen, in Amtsgebäuden, auf Märkten, werden Reinigungsarbeiten (Unterhaltsreinigungen, Fensterreinigungen, Marktbetreuung- und -reinigung) von Fremdfirmen durchgeführt. Für den Ankauf dieser Dienstleistungen wurden im Jahr 2002 rund 4.321.000 EUR aufgewendet. Diverse Waren, wie z. B. Behindertenhilfsartikel, Werbeartikel wurden um 684.676 EUR beschafft.

Für Institutionen, die von der Gemeinde Wien Subventionen erhalten, sowie auch für Magistratsdienststellen wurden Beratungen und Preisprüfungen im Gesamtwert von rund 1,5 Mio. EUR durchgeführt.

Die Stadt Wien beabsichtigt als Mitglied und unter Mitwirkung und Schirmherrschaft des Internationalen Netzwerkes „Metropolis“ den Jahreskongress 2003 im September im Wiener Rathaus auszurichten. Der Jahreskongress bietet der jeweils gastgebenden Stadt neben der Gelegenheit des fachlichen Erfahrungsaustausches, auch die Möglichkeit einer fachlich und politisch interessierten Öffentlichkeit, die Leistungen der Stadtverwaltung auf dem Sektor Integration und Migration nahe zu bringen. Die Leistungen für die inhaltliche Konzeption und Programmgestaltung, die organisatorische Vorbereitung und Begleitung sowie die Ablaufkontrolle für die Durchführung des Kongresses wurden bereits im Jahr 2002 ausgeschrieben und vergeben.

#### Warengruppe 4

Die Warengruppe 4 umfasst Papier- und Bürobedarfsartikel, technische Zeichenerfordernisse, Bücher, Zeitschriften, Abonnements, Büromaschinen und Zubehör, Druckaufträge und Stampiglien, Vervielfältigungen und Buchbinderarbeiten. Der Gesamtumsatz dieser Warengruppe betrug 9.677.483 EUR.

Papier wurde um 2.821.790 EUR, Schulhefte zu einem Betrag von 73.855 EUR angekauft. Der Aufwand für diverse Bürobedarfsartikel und Handtuchspender betrug 1.186.680 EUR. Für technische Zeichenmaterialien wurden insgesamt 19.925,36 EUR aufgewendet.

Es wurden 31.547 Bücher, Broschüren, Arbeitsblätter, Testmaterialien, Zeitschriften und Bundesgesetzblätter erworben. Die Gesamtausgaben der Abonnements von Zeitungen, Zeitschriften, Bundesgesetzblättern, Verordnungsblättern, Jahrbüchern, Amtskalendern etc. betragen 862.037 EUR.

Das Kopiervolumen betrug ca. 97.582.849 Kopien zu einem Betrag in Höhe von 1.104.208 EUR. Der Preis für eine Kopie beläuft sich daher auf etwa 0,0113 EUR.

Insgesamt wurden 1.877 Druckaufträge vergeben (1.380 an die hauseigene Druckerei, 497 an das Gewerbe). Von den 351 Buchbinderaufträgen wurden 63 an die hauseigene Buchbinderei, 23 an das Zentrallager und 265 Aufträge an das Gewerbe vergeben.

#### Warengruppe 6

Die Warengruppe 6 umfasst Möbel, Schulbedarf und Altmaterialverwertung.

Die Modernisierung, Ergänzung und Neueinrichtung der Räumlichkeiten einzelner Dienststellen sowie der Krankenanstalten und Pflegeheime wurde fortgesetzt. Generell ist zu bemerken, dass die Auswahl der optimalen Innenausstattungen im Spannungsfeld von Nutzeranforderungen, räumlichen Vorgaben, den Anforderungen des Bedienstetenschutzes und vorhandenen Mitteln oft schwierig ist. Fünf Außenbeamte der MA 54 unterstützen und beraten die Dienststellen. Sie haben auch die Entscheidung zu treffen, ob Einrichtungsstücke noch repariert werden sollen oder eine Neuanschaffung wirtschaftlicher ist. Eine weitere Aufgabe dieser Außenbeamten war die Teilnahme an den Skartierungsverhandlungen, auch in städtischen Objekten außerhalb Wiens.

Das größte Einzelprojekt war die Einrichtung der Räumlichkeiten des neu errichteten Bürohauses in Wien 20., Dresdner Straße 82 (Zusammenlegung der Baupolizei für die Bezirke 2, 20, 21 und 22). Weitere größere Einzelprojekte waren die Möblierung von zwei neu errichteten Frauenhäusern. Ferner wurde in Wien 7., Wimberggasse, die Zentrale des Pass- und Meldewesens neu eingerichtet. Die Einrichtung der Räumlichkeiten des Pass- und Meldewesens, die in den Magistratischen Bezirksämtern situiert sind, wurde fortgesetzt. Im Magistratischen Bezirksamt für den 16. Bezirk wurde die neu geschaffene „Informationsstelle Ottakring“ mit Büromöbeln ausgestattet.

Im Rahmen der Organisationsänderung der MA 11 wurde in diversen Außenstellen die Möbelergänzung fortgesetzt. Neu einzurichten waren die Kindertagesheime in Wien 3., Marxergasse, 11., Wilhelm-Kreß-Platz und 20., Vorgartenstraße. In den Eltern-Kind-Zentren und Elternberatungen wurden Teile des Inventars ausgetauscht oder repariert. Eine interessante Herausforderung war die Ausstattung von Wohngruppen und Wohngemeinschaften in Privathäusern im Hinblick auf die familiengerechte Ausstattung der Gruppenräume.

Für die MA 56 wurden für Schulhöfe Tische, Bänke und Sitzbankkombinationen beschafft. Weiters wurde die MA 56 mit dem notwendigen Mobiliar für Alt- und Neubauten versorgt und Lehr- und Lernmittel angeschafft. Außerdem wurden Reparatur- und Restaurierungsaufträge in der Höhe von 476.487,30 EUR vergeben. Im Bereich der MA 13 wurden Büchereien neu eingerichtet bzw. bestehende Büchereien möbelmäßig ergänzt bzw. repariert.

#### Warengruppe 7

Die Warengruppe 7 umfasst die Baustoffbeschaffung. Die Versorgung der städtischen Baustellen mit Leistungen (Verlege- und Montagearbeiten etc.) und Lieferung von Baustoffen aller Art konnte im Berichtsjahr klaglos und termingerecht durchgeführt werden. Engpässe traten in dem

# Integration, Frauenfragen, Konsumenten

genannten Zeitraum keine auf. Der Gesamtumsatz betrug 24.970.000 EUR.

Das Produktsortiment wird laufend den Bedürfnissen angepasst und ergänzt, sowie neue Leistungen, wie z. B. Fliesenlegerarbeiten, Designerparkbänke, diverse Rahmenausschreibungen für den Krankenanstaltenverbund, in das abrufbare Sortiment aufgenommen.

Die MA 54 ist ständig bemüht, den aktuellen Wissensstand über umweltfreundliche Produkte (Holzschutzmittel, wasserverdünnbare Lacke, Linoleum, Entsorgung von Behältern etc.) durch Teilnahme und Mitarbeit an Normensitzungen sowie ÖkoKauf Wien zu erweitern, entsprechende Produkte auszuschreiben und anzukaufen. Diese Produkte werden in verstärktem Ausmaß den Abteilungen empfohlen.

## Zentrallager

Der Umsatz an Lagerwaren betrug 7.537.053,13 EUR. Es wurden insgesamt 16.913 Aufträge bearbeitet, die sich aus 14.968 Auslieferungsaufträgen, 1.924 Abholaufträgen und 21 Skartierungsabgaben zusammensetzen.

Der Umsatz im Altmaterialverkauf betrug 63.352,19 EUR. Aus Vermietungen von gebrauchten Gegenständen wurden 2.824,10 EUR eingenommen. An entsorgungspflichtigen Materialien wurden 44.214 Leuchtstoffröhren, 614 kg Altbatterien und 4.400 Stampiglien übernommen und einer ordnungsgemäßen Entsorgung zugeführt.

## Werkstättenbetrieb

Es wurden 709 Aufträge übernommen und ausgeführt, wobei ein Umsatz von 969.095 EUR erzielt werden konnte. Von den Schlichtungsstellen der Magistratischen Bezirksämter wurden 137 Ansuchen um Stellungnahme zu einem Schlichtungsverfahren hinsichtlich des Mobiliars übermittelt und bearbeitet. Für die Nationalratswahl 2002 wurden die benötigten Wahlgeräte (Zelle, Urnen, Tische und Sessel) termingerecht an die Wahllokale ausgeliefert und nach Durchführung der Wahl wieder abgeholt.

## Druckerei

In der Druckerei wurden ca. 2.000 Aufträge mit einem Gesamterlös von etwa 1.500.000 EUR bearbeitet. Durch den Ankauf einer 2-Farben-Druckmaschine kann den auch im Magistratsbereich gestiegenen Anforderungen im Farbdruckbereich entsprochen werden.

## Frauenförderung und Koordinierung von Frauenangelegenheiten (MA 57)

### Beratung und Service für Frauen in Wien

24-Stunden Frauennotruf 71 71 9

Im Jahr 2002 wurden im 24-Stunden Frauennotruf insgesamt 5.274 telefonische und persönliche

Gespräche geführt. Gegenüber dem Vorjahr wurde eine 20-prozentige Steigerung bei den Anrufen verzeichnet. Über 800 Mal nutzten von sexueller oder körperlicher Gewalt betroffene Frauen und Mädchen die Möglichkeit eines persönlichen Beratungsgesprächs bzw. einer Begleitung zu einer Anzeige, ins Krankenhaus oder zu Gericht.

**Fortbildungstätigkeit,** Multiplikator/innenausbildung sowie Kooperationsprojekte wurden mit Schwerpunkt auf den Gesundheitsbereich geleistet. Im Sozialmedizinischen Zentrum Ost konstituierte sich eine Fachgruppe zur Erarbeitung von Richtlinien im Umgang mit und der Versorgung von Gewaltopfern, bei der Mitarbeiter/innen des 24-Stunden Frauennotrufs vertreten sind. Bei der Arbeitstagung der Österreichischen Gesellschaft für Psychosomatik in der Gynäkologie und Geburtshilfe wurde gemeinsam mit der Gerichtsmedizin Wien ein dreitägiger Workshop zum Thema „Früherkennung und adäquate Behandlung von Opfern sexueller Gewalt“ abgehalten. Mit der Psychiatrischen Abteilung der Universität Wien wurde ein Workshop für die Fachtagung der österreichischen Gesellschaft für biologische Psychiatrie entwickelt.

Die Forschungsergebnisse aus der Studie „Traumazentrum – Ambulante und stationäre Behandlungskonzepte für Opfer von sexueller oder körperlicher Gewalt“ wurden bei der 1<sup>st</sup> Gender & Health Konferenz sowie beim 7. Kongress der internationalen Gesellschaft zur Behandlung von Gewalttätern einem internationalen Fachpublikum vorgestellt. In Zusammenarbeit mit dem Österreichischen Bundesinstitut für Gesundheitswesen wurde eine Informationsveranstaltung zum Thema „Traumazentrum“ abgehalten, auf der die Studie Wiener Fachexpert/innen präsentiert wurde und eine Traumatherapeutin aus Hamburg über ein erfolgreiches stationäres Therapiemodell referierte.

Im Bereich der Grundlagenarbeit wurde eine **Detailanalyse** zu Ausbildungsstandards und Angeboten im europäischen Raum für **Traumatherapie** durchgeführt sowie eine **Studie über Psychoterror** – dessen Ausmaß, Formen und Auswirkungen sowie die gesetzlichen Grundlagen im internationalen Vergleich in Auftrag gegeben. Grundlage dieses Projekts waren die Erfahrungen aus der Arbeit des 24-Stunden Frauennotrufs und anderer Opferschutzeinrichtungen, dass psychische Gewalt in Form von Psychoterror ein großes Problem darstellt und rechtliche Instrumentarien fehlen.

Frauentelefon 01 – 408 70 66

Im Jahr 2002 haben 1.681 Frauen die Möglichkeit der telefonischen und persönlichen Beratung durch Juristinnen im Rahmen des Frauentelefons genutzt. Typische Fragestellungen betrafen vor allem innerfamiliäre Probleme, wie Trennung/Scheidung, Unterhalt und finanzielle Probleme sowie Obsorge und Besuchsrecht.

Auch der Erfahrungsaustausch und die Zusammenarbeit mit anderen Dienststellen und Beratungs-

einrichtungen innerhalb und außerhalb der Stadt Wien wurden fortgesetzt. Weiters wurde eine Studie zum Thema „Gemeinsame Obsorge“ beauftragt.

## Frauenhäuser

Der Verein Wiener Frauenhäuser führt in Wien derzeit eine Beratungsstelle, vier Frauenhäuser sowie eine dem jeweiligen Bedarf angepasste Anzahl von Übergangswohnungen. Das 4. Frauenhaus wurde im Sommer 2002 nach rund zweijähriger Bauzeit in Betrieb genommen. Gleichzeitig ist eines der älteren Frauenhäuser in ein neues, modernes und geräumigeres Objekt übersiedelt. Die **verfügbare Platzkapazität** wurde damit um mehr als 50 Prozent von davor rund 100 Plätzen auf nunmehr rund 160–170 Plätze für gewaltbetroffene Frauen und deren Kinder **gesteigert**. Wien erfüllt somit die diesbezügliche Empfehlung des Ausschusses für die Rechte der Frau des Europäischen Parlaments, wonach pro 10.000 Einwohner/innen ein Krisenplatz vorzusehen ist.

Die beiden neuen Frauenhäuser wurden auf Basis der bisherigen Erfahrungen unter Einbeziehung der Betreuerinnen errichtet und bieten hervorragende Rahmenbedingungen für eine weitere Steigerung der Betreuungsqualität. Insbesondere stehen nun erstmals in Wien behindertengerechte Wohneinheiten in Frauenhäusern zur Verfügung. Die MA 57 hat den Verein für diese Tätigkeiten 2002 mit einem Betrag von 3.989.000 EUR allein subventioniert. In dieser Fördersumme enthalten waren auch die Aufwendungen für Einrichtung und Sicherheitsanlagen der beiden neuen Frauenhäuser.

Im Jahr 2002 verzeichneten die vier Wiener Frauenhäuser 39.488 Aufenthaltstage, davon entfielen 18.620 Übernachtungen auf Frauen und 20.868 Übernachtungen auf Kinder. Insgesamt wurden im Berichtszeitraum 796 Personen in einem der vier Frauenhäuser aufgenommen, davon waren 410 Frauen und 386 Kinder. In der Beratungsstelle des Vereines Wiener Frauenhäuser gab es im Jahr 2002 insgesamt 5.183 Beratungskontakte.

## Gleichbehandlung und Frauenförderung bei der Stadt Wien

### Frauenförderungspläne 2003–2008

Das im Mai 1996 in Kraft getretene Wiener Gleichbehandlungsgesetz soll Frauen im Magistrat neue Berufsfelder eröffnen und Voraussetzungen für gezielte Frauenförderung schaffen. Ein Mittel zur Umsetzung des im Gesetz verankerten Frauenförderungsgebotes stellen die alle sechs Jahre neu zu erstellenden Frauenförderungspläne dar. In Vorbereitung neuer Frauenförderungspläne (2003–2008) hat die Wiener Arbeitsgruppe für Gleichbehandlungsfragen Vorschläge erarbeitet und vorgelegt. Sie beinhalten die zu erreichenden Zielzahlen (50-Prozent-Quote) und Maßnahmen für die Erreichung des Gleichstellungszieles im Magistrat. Die MA 57 ist sowohl in der Wiener Arbeitsgruppe vertreten als auch für die Führung deren Bürogeschäfte zuständig.

## Gleichbehandlung

Die Abteilung ist mit zwei Mitgliedern in der Gleichbehandlungskommission vertreten, die Gutachten zur Frage der Verletzung des Wiener Gleichbehandlungsgesetzes erstellt und Stellungnahmen zu legislativen Vorhaben hinsichtlich möglicher Diskriminierungen von Frauen abgibt.

## Gleichstellungsbericht des Bürgermeisters

Im Berichtsjahr 2002 koordinierte die MA 57 in ihrer Funktion als Fachdienststelle den Bericht des Bürgermeisters zum Stand der Verwirklichung der Gleichbehandlung und Frauenförderung im Dienst der Gemeinde Wien (Gleichstellungsbericht), welcher auf Einzelberichten aller amtsführenden Stadträte und Stadträtinnen sowie des Magistratsdirektors basiert und alle drei Jahre dem Gemeinderat vorzulegen ist.

## Frauenrelevante Rechtsangelegenheiten

Im Jahr 2002 wurden zahlreiche Stellungnahmen zu Gesetzes- und Verordnungsentwürfen des Bundes und des Landes Wien erstattet. Dabei wurden insbesondere hinsichtlich der vom Bund vorgelegten Entwürfe mehrfach geplante Änderungen zu Lasten sozial Schwacher, vornehmlich Frauen (mit Kindern) aufgezeigt und dagegen Einwendungen erhoben. Im Übrigen wurde in diesen Stellungnahmen auch im Jahr 2002 in zahlreichen Fällen das Fehlen eines geschlechtergerechten Sprachgebrauchs aufgezeigt.

## Förderung von Frauenprojekten

Im Bereich der Förderung von frauenspezifischen Projekten wurden im Jahr 2002 1.297.897 EUR an Subventionen an 28 Vereine vergeben (ohne Verein Wiener Frauenhäuser). Diese subventionierten Vereine führen die wichtigsten Wiener Beratungseinrichtungen für Frauen in den Bereichen Arbeit, Ausbildung, Gewalt gegen Frauen und Mädchen, Mädchenbildung, Gesundheit und Migration und feministische Bildungs- und Kultureinrichtungen. Weitere 107.665 EUR fielen im Rahmen der projektorientierten Förderung in der Höhe von max. 5.100 EUR pro Projekt an. Insgesamt konnten 34 Vereine mit einer projektorientierten Förderung unterstützt werden.

Im Jahr 2002 wurde im Frauenbüro der Stadt Wien die Umstellung auf **mehrwährige Förderverträge** ab dem Jahr 2003 vorbereitet, da die Erfahrungen der letzten Jahre gezeigt haben, dass insbesondere bei Subventionen, die der Finanzierung des laufenden Betriebs dienen (Basissubventionen), diese Jährlichkeit zu finanziellen Problemen für einige der geförderten Einrichtungen führen kann und die Ungewissheit, ob, wann und in welcher Höhe Förderungen gewährt werden, die mittelfristige Leistungs- und Finanzplanung der geförderten Einrichtungen erschweren. Da dies sowohl aus Sicht der Vereine als auch der Fördergeberin wünschenswert ist, wird ab 2003 Vereinen, die bereits mindestens drei Jahre durchgehend seitens des Frauenbüros subventioniert wurden, ein 3-Jahres-subventionsvertrag angeboten.

# Integration, Frauenfragen, Konsumenten

## Gender Mainstreaming

Gender Mainstreaming ist ein neuer strategischer Ansatz zur Umsetzung der Chancengleichheit und der Gleichstellung zwischen Frauen und Männern. Die Zielsetzungen sind mit der spezifischen Frauenförderung identisch, die Herangehensweisen aber unterschiedlich. Für die Europäische Kommission ist Gender Mainstreaming seit 1996 gültig, und seit der Ratifizierung des Vertrags von Amsterdam auch rechtlich verbindlich. Die systematische Einbeziehung der Dimension der **Chancengleichheit für Frauen und Männer** ist damit für alle Politikfelder und damit letztlich auch die Verwaltungen bindend.

Im Jahr 2002 hat die MA 57 die Durchführung einer europaweiten Recherche zu Implementierungs- und Institutionalisierungsmöglichkeiten von Gender Mainstreaming in Verwaltungen in Auftrag gegeben. Darauf aufbauend folgte eine Konzepterstellung und die Aufbereitung konkreter Handlungsoptionen zur Integration von Gender Mainstreaming innerhalb der Wiener Verwaltung. Die MA 57 beteiligte sich an Schulungsmaßnahmen der MD – Verwaltungsakademie zu diesem Thema. Ferner führte die MA 57 in Zusammenarbeit mit den Gleichbehandlungsbeauftragten im Oktober 2002 eine Informationsveranstaltung zum Thema Gender Mainstreaming für die 138 Kontaktfrauen des Magistrats, des Krankenanstaltenverbands und der Wiener Stadtwerke durch.

Die MA 57 unterstützte im Berichtsjahr auch diverse Veranstaltungen, die über Gender Mainstreaming und die Methode der **geschlechtsspezifischen Budgets** informierten, beispielsweise das Symposium „Frauen und Budget“ auf der Wirtschaftsuniversität Wien sowie ein Vortrag mit anschließendem Workshop zum Thema „Engendering Budgets – geschlechtsspezifische Auswirkung von Budgets“.

Darüber hinaus waren Mitarbeiterinnen der MA 57 als Expertinnen zu Gender Mainstreaming in zahlreiche Projekte eingebunden, etwa bei der Erstellung des Konzeptes für die von der Stadt Wien finanzierten Fachhochschullehrgänge und bei der Bearbeitung des neuen Stadtentwicklungsplans (STEP), und hielten Fachvorträge zum Thema.

## Frauenorientierte Querschnittspolitik

### Gleichbehandlung und Frauenförderung in Betrieben

2002 wurde die Website „7 Schritte zur Gleichstellung“ erarbeitet. Sie basiert auf dem gleichnamigen Handbuch und soll die Thematik einem breiten Publikum zugänglich machen. Die Website beinhaltet auch einen „Quicktest“, der eine rasche Standortbestimmung in Sachen Gleichstellung für Betriebe möglich macht.

### Arbeitsmarktpolitik – Vereinbarkeit von Beruf und Familie

Die Schwerpunkte bei dieser Thematik sind Vereinbarkeit von Beruf und Familie/Privateben,

Gleichstellung/Frauenförderung, Aus- und Weiterbildung/Qualifizierung etc.

Ein wichtiges Projekt ist die **Website Teilzeit-Vollzeit [www.teilzeit.cc](http://www.teilzeit.cc)**. Unternehmer/innen, Personalberater/innen und Personalist/innen können hier kostenlos einen quantitativen Vergleich der Personalkosten für Vollzeit- bzw. Teilzeitbeschäftigte anstellen und erhalten Unterstützung bei der qualitativen Bewertung von Vollzeit- im Vergleich zu Teilzeitarbeit.

### Mädchen / Geschlechtssensible Pädagogik

Auf die unterschiedlichen Bedürfnisse von Mädchen und Burschen einzugehen ist in Wien seit vielen Jahren fester und dennoch nicht selbstverständlicher Bestandteil der schulischen und außerschulischen Kinder- und Jugendarbeit. Zielsetzung ist, Handlungsspielräume für Mädchen und Burschen zu erweitern und so einerseits eine größere Vielfalt von Fähigkeiten und Fertigkeiten zu fördern, sowie weiters Mädchen und Burschen zu einem gleichberechtigten, partnerschaftlichen Umgang zu befähigen. Die Aktivitäten des Frauenbüros umfassen neben Publikationen die konkrete Unterstützung von Modellvorhaben im Bereich der geschlechtssensiblen Pädagogik in Kindergärten, Schulen und in der außerschulischen Jugendarbeit, jeweils in Kooperation mit den Fachdienststellen.

Die Projektlaufzeit des Modellprojekts „**Geschlechtssensibler Kindergarten**“ endete im Jahr 2002. Zur Ergebnissicherung wurde Univ.-Prof. DDr. Christiane Spiel und Univ.-Ass. Mag. Petra Wagner mit der Durchführung eines **Evaluierungsberichtes** beauftragt. Untersucht wurde, wie mit einem explizit geschlechtssensiblen pädagogischen Konzept ein erweiterter Handlungsspielraum und geändertes Rollenverhalten bei Kindern beobachtbar ist, bzw. ob es dadurch auch gelingt, Mütter und Väter für Fragen von Chancengleichheit zu sensibilisieren.

Im Auftrag der MA 57 führte der Verein Efeu, Verein zur Erarbeitung feministischer Erziehungs- und Unterrichtsmodelle, am 6. und 7. Juni 2002 die **Tagung „Schule – Gewaltprävention – Geschlecht“** durch. Ziel der Veranstaltung war es, Lehrer/innen und z. T. auch Jugendliche selbst für präventives Arbeiten mit einem geschlechtssensiblen Ansatz im schulischen Bereich zu sensibilisieren.

Weiters finanzierte die MA 57 mit dem „**Leitfaden für Lehrerinnen – für Mädchen – mit Mädchen**“ einen weiteren Beitrag des Mädchenschwerpunktes des Frauenbüros. Dieser Leitfaden hat als Konzept für den Unterricht zum Ziel, Lehrerinnen und Mädchen zu zeigen, wie sie auf gewalttätiges und diskriminierendes Verhalten reagieren können.

In Kooperation mit der MA 18 – Stadtentwicklung und Stadtplanung wurden im Juli 2002 wieder Workshops im Rahmen des Ferienspiels zum Thema „**Mädchen planen ihre Stadt**“ angeboten. Die Ausstellung der MA 18 zum Thema „Spielräume

der Großstadt“ wurde als Ausgangspunkt für die aktive Einbeziehung von Kindern und Jugendlichen in Planungsworkshops genutzt. Um speziell Mädchen in ihrer Suche nach Spielräumen in der Großstadt zu bestärken und noch mehr über ihre Ideen und Wünsche zu erfahren, wurden sechs Workshops ausschließlich für Mädchen angeboten.

Das Internetprojekt **Jobs4girls** wurde im Jahr 2002 fortgesetzt und erweitert. Im Internet finden Mädchen, die vor der Berufswahl stehen, unter [www.jobs4girls.at](http://www.jobs4girls.at) Unterstützung bei der Berufswahl, indem ihnen ein breites Spektrum an Berufen präsentiert wird. Der Schwerpunkt liegt auf technischen Berufsfeldern, im Bereich Informationstechnologien und bei klassisch handwerklichen Berufen. Derzeit sind rund 200 Berufsbiografien von Frauen abrufbar. Diese unterschiedlichen Berufsbiografien dienen dazu, Rollenvorbilder für Mädchen zu schaffen. Sie zeigen, dass es eine Vielzahl von Berufen gibt, die für Mädchen interessant sein können. Die „Frauen in Jobs“ stellen sich und ihren Werdegang dar, berichten von beruflichen Hürden, den spannenden und weniger spannenden Seiten ihres Berufs, und geben Tipps aufgrund ihrer Berufserfahrung. Zusätzlich bietet die Website spezifische Links bzw. Informationen über Ausbildungswege, Mädchenprojekte und Möglichkeiten der Berufsorientierung.

Die Intention der Veranstaltung **„Töchterttag in Wien“** ist es, Mädchen die Möglichkeit zu bieten, Berufe abseits der gängigen Rollenmuster kennen zu lernen und ihnen Mut zu machen, auch technische Berufe zu ergreifen. Am letzten Donnerstag im April findet in den USA traditionell der „Take Your Daughters to Work – Day“ statt, auch in Deutschland gibt es seit einigen Jahren einen „Töchterttag“. An diesem besonderen Tag begleiten Mädchen ihre Eltern oder andere Erwachsene zur Arbeit, das Hauptinteresse gilt technischen Unternehmen. Im April 2002 fand auf Initiative von Frauenstadträtin Mag. Renate Brauner mit großem Erfolg der erste Wiener Töchterttag statt. Am Töchterttag wird den Mädchen die Chance geboten, am Arbeitsplatz der Eltern tätig zu sein. Lustvolles Ausprobieren und praktisches Erfahren der eigenen technisch-handwerklichen Fähigkeiten stehen dabei im Vordergrund. Zielgruppe sind Wiener Mädchen im Alter von 11–16 Jahren.

#### Frauenbarometer mit großem Erfolg

Im Jahr 2002 erschien die Studie „Berufswahlmotive von Mädchen“. In dieser Studie wurde unter anderem der Einfluss von Müttern und Vätern auf die Berufswahl der 14–19-jährigen Mädchen untersucht.

#### Sicherheit

Der von der MA 57 subventionierte Verein Autonome Österreichische Frauenhäuser (AÖF) hat in den Jahren 2001 und 2002 mit dem **Filmprojekt „Auswege“** einen Spielfilm zum Thema Gewalt in der Familie produziert. Das Drehbuch dazu wurde von der renommierten österreichischen Filmemacherin Barbara Albert in Zusammenarbeit mit dem

AÖF geschrieben und durch die MA 57 finanziert. Der Film „Auswege“ wird als Eröffnungsfilm der Diagonale 2003 in Graz erstaufgeführt und kommt anschließend im Rahmen von Tagungen und Seminaren sowie in Schulen zum Einsatz.

#### Gewalt

Der 2002 seitens der MA 57 beauftragte Leitfaden für eine sensible Berichterstattung bei Gewalt gegen Frauen wurde für Medienarbeiter/innen bei Printmedien erstellt. Dieser Leitfaden besteht aus zwei Teilen:

- Im praktischen Teil sind ganz konkrete, praxisnahe Hinweise für die tägliche Arbeit bei Printmedien zu ausgewählten Themen, wie Gewalt in der Beziehung, sexuelle Gewalt und Frauenhandel, enthalten.
- Eine anschließende theoretische Vertiefung bietet die Möglichkeit, zu obigen Themen Theorie, Forschungsergebnisse, Servicestellen etc. nachzulesen, mit dem Ziel eines sensibleren und bewussteren Umgangs mit dem Thema Darstellung von Gewalt an Frauen in den Printmedien.

In die Erstellung des Leitfadens waren Spezialistinnen aus dem Gewaltbereich sowie Journalistinnen im Rahmen eines eintägigen Workshops eingebunden.

#### Migrantinnen

Das Europäische Zentrum für Wohlfahrtspolitik und Sozialforschung erstellte im Auftrag des Frauenbüros der Stadt Wien, des Wiener Integrationsfonds und des Arbeitsmarktservices die **Studie „Migrant/innenvereine in Wien“**.

Das **Interreg-Projekt „Grenzen überschreiten – Brücken bauen“** des Vereins „LEFÖ – Lateinamerikanische Frauen in Wien“ zur Vertiefung der grenzüberschreitenden Kooperation Wien/Öster-



Foto: Votava / PID

Im April 2002 fand auf Initiative von Frauenstadträtin Mag. Renate Brauner der erste Wiener Töchterttag statt.

# Integration, Frauenfragen, Konsumenten

reich und Bratislava/Slowakei in der Arbeit mit Betroffenen des Frauenhandels wurde seitens der MA 57 kofinanziert.

## Grundlagenarbeit

### Frauen sichtbar machen

Ziel des von Frauenstadträtin Mag. Renate Brauner 1999 gestarteten Arbeitsschwerpunktes „Frauen sichtbar machen“ ist es, Frauen und ihre Leistungen in verschiedenen Bereichen im öffentlichen Raum sichtbar und damit bewusst zu machen. Anlässlich des Internationalen Frauentages am 8. März 2002 wurde die neueste Publikation aus der Reihe „Frauen sichtbar machen“ präsentiert. Im Band „Pionierinnen in Wien“ werden 5 frauenspezifische Einrichtungen und 19 Pionierinnen, die in so genannten „Männerdomänen“ Karriere gemacht haben, porträtiert.

Der „1. Wiener Frauenpreis“, wurde 2002 erstmals neu eingeführt und ist ein wichtiger Schritt zum Arbeitsschwerpunkt „Frauen sichtbar machen“, der beitragen soll, herausragende Leistungen von Frauen aus den verschiedensten Bereichen der Gesellschaft, aber auch der Geschichte und Gegenwart zu unterstreichen. Der „1. Wiener Frauenpreis“ hat das Ziel, die Leistungen von Frauen für Frauen, in einem emanzipatorischen Sinne, auf verschiedenen Gebieten zu würdigen. 2002 wurde der Wiener Frauenpreis für besondere Leistungen im Bereich Recht und Justiz, sowie im Bereich Publizistik von Frauenstadträtin Mag. Renate Brauner vergeben.

### Projekt: Frauenbrücke

Die Aktivitäten rund um das im Rahmen der EU-Initiative URBAN kofinanzierte Kulturprojekt Frauenbrücke wurden im Jahr 2002 fortgesetzt. Neben einer Internetpräsentation des Frauenbüros war der Kubus als Ausstellungsraum für die Photographie Uli Limbacher, Performanceplatz für das Tanzatelier Wien und Kernstück einer Lichtinstallation von Victoria Coeln.

### Internationale Aktivitäten und EU-Projekte

Im September 1997 initiierte die MA 57 das Projekt „MILENA – Frauennetzwerk Ost-West“. Das Netzwerk bietet Frauen, Frauenbeauftragten, politischen Entscheidungsträger/innen und frauenspezifischen NGOs aus EU-Mitgliedsländern – und vor allem schwerpunktmäßig den Beitrittsländern – eine Plattform zur Kooperation und zum Erfahrungsaustausch. Die Vorbereitung auf den bevorstehenden EU-Beitritt der mittel- und osteuropäischen Nachbarländer, die Angleichung der Standards im Bereich der Frauenförderung und der Know-how-Transfer zu frauenspezifischen Fragestellungen sind zentrales Thema des Netzwerks. Zum wichtigsten Kommunikationsinstrument hat sich die website [www.milena.at](http://www.milena.at) entwickelt, die nicht nur aktuelle frauenspezifische News bietet, sondern auch Informationen über best-practice-Projekte und deren Ansprechpartner/innen bereit hält. Mit ihren zahlreichen the-

menspezifischen Foren ermöglicht die Internet-Plattform den Austausch zwischen interessierten Frauen aus Ost und West. Als Printmedium ergänzt der vierteljährliche Newsletter mit seinen jeweiligen Themenschwerpunkten die Website.

Vertreterinnen der MA 57 sind als Gender Mainstreaming-Expertinnen in den EQUAL Gemeinschaftsinitiativen „Frauenpowerment“ und „Wohnen und Arbeiten“ vertreten.

### Mitwirkung in Gremien

Neben den bereits im Bericht erwähnten Gremien ist das Frauenbüro der Stadt Wien durch Vertreterinnen in den Beiräten zu den EU-Programmen URBAN, Ziel II und INTERREG III vertreten.

### Marktamt (MA 59)

#### Änderungen und Neuerungen von Gesetzen und Verordnungen

Von besonderer Bedeutung für die Tätigkeit des Marktamts waren im Jahr 2002 folgende Gesetzes- und Verordnungsänderungen:

- Verordnung des Magistrats der Stadt Wien, mit der die Marktordnung 1991 geändert wurde; Amtsblatt der Stadt Wien Nr. 21/02 vom 23. Mai 2002
- Bundesgesetz, mit dem das Maß- und Eichgesetz und das Akkreditierungsgesetz geändert werden; BGBl. I Nr. 85/2002 vom 24. Mai 2002
- Verordnung des Bundesministers für Wirtschaft und Arbeit, mit der die Schankgefäßverordnung geändert wird; BGBl. II Nr. 494/2001 vom 28. Dezember 2001
- Bundesgesetz, mit dem ein Forstliches Vermehrungsgutgesetz 2002 erlassen wird und das Düngemittelgesetz 1994, das Futtermittelgesetz 1999, das Pflanzenschutzgesetz 1995, das Pflanzenschutzmittelgesetz 1997, das Pflanzgutgesetz 1997, das Rebenverkehrsgesetz 1996, das Saatgutgesetz 1997, das Sortenschutzgesetz 2001, das Weingesetz 1999 und das Qualitätsklassengesetz geändert werden (Agrarrechtsänderungsgesetz 2002); BGBl. I Nr. 110/2002 vom 19. Juli 2002
- Bundesgesetz, mit dem die Gewerbeordnung 1994, das Berufsausbildungsgesetz, das Konsumentenschutzgesetz, das Neugründungs-Förderungsgesetz und das Arbeitskräfteüberlassungsgesetz geändert werden; BGBl. I Nr. 111/2002 vom 22. Juli 2002.

### Angelegenheiten der Lebensmittelaufsicht

Zum Jahresende 2002 bestanden in Wien 22.904 Betriebe, auf die lebensmittelrechtliche Vorschriften anwendbar waren. Die Ergebnisse der Kontrollen nach lebensmittelrechtlichen Vorschriften sind aus der nachfolgenden Tabelle ersichtlich.

Vom Bundesministerium für soziale Sicherheit und Generationen wurden auch im Jahr 2002 Überprüfungsaktionen angeordnet. Häufig lagen diesen Aktionen Warnungen aus dem EU-Raum über gesundheitsschädliche oder verdorbene Pro-

# schutz und Personal

dukte zugrunde. Die wichtigsten Überprüfungsergebnisse sind in der folgenden Tabelle enthalten.

## Weinangelegenheiten

Die für das Jahr 2002 relevanten Daten betreffend Vollziehung des Weingesetzes sind aus der nachfolgenden Tabelle ersichtlich.

### Vollziehung des Weingesetzes 2002

Winzer	261
Weinhändler	14
Sonstige Betriebe, die der Kontrolle durch das Weingesetz unterliegen	180
Ertragsfähige Weingartenfläche in Hektar	383
Gesamte Weingartenfläche in Hektar	411
Weinernte in Liter	2.156.000
Davon Prädikatswein in Liter	22.160
Anzeigen wegen Übertretung des Weingesetzes	34
Transportbescheinigungen in Stück	2.034
Ernte- und Bestandsmeldungen in Stück	536

## Preisangelegenheiten, Konsumentenschutz

Das Hauptaugenmerk in Angelegenheiten der Preiskontrolle lag zu Jahresbeginn 2002 auf der Überprüfung der ordnungsgemäßen Umrechnung ATS/EUR, der doppelten Preisauszeichnung sowie der Grundpreisauszeichnung. Im Bereich des Konsumentenschutzes bildeten Erhebungen nach dem Produktsicherheitsgesetz bei Motorradhelmen, Kinderwagen, so genannten Soft Guns, Kinderschwimmsitzen, Öllampen, Wunderkerzen und Laserpointern die Schwerpunkte. Zahlenmaterial für beide genannten Bereiche ist der folgenden Tabelle zu entnehmen.

### Kontrollen im Dienst des Konsumentenschutzes:

Überprüfungen nach dem Konsumentenschutzgesetz (allgemein)	2
Überprüfungen nach dem Bundesgesetz gegen den unlauteren Wettbewerb (UWG)	3
Überprüfungen nach dem Preisauszeichnungsgesetz (PrAG) und dem Euro-Währungsangabengesetz (EWAG)	55
Markterhebungen und Notifikationen (durch BMJ angeordnet)	45
Durchgeführte Marktkontrollen im Rahmen des Produktsicherheitsgesetzes	426
Probenabnahmen nach dem Produktsicherheitsgesetz	20
Allgemeine Beratungen (Gewährleistung, Garantie, Reiseveranstaltungen, Gewinnspiele)	16

### Kontrollen in Preisangelegenheiten:

Preisangelegenheiten (konkret angeordnete Überprüfungen)	6.251
Preiskontrollen gesamt (ohne Beanstandungen)	13.822
Preiskontrollen, welche zu Beanstandungen führten	1.076
Daraus resultierten:	
Verwaltungsstrafverfahren	256
Organstrafverfügungen	433

## Ergebnisse der Kontrollen aus lebensmittelrechtlichen Vorschriften für 2002

Anzahl der Betriebe	22.904
Anzahl der Revisionen	31.126
Anzahl der Probenziehungen	12.359
Beanstandete Proben	4.583
Beanstandungsquote	39 %
Anzeigen bei Gerichten	2.099
Anzeigen bei Verwaltungsbehörden	1.639
Organstrafmandate nach dem Lebensmittelgesetz	3.718
Von Gerichten verhängte Geldstrafen in der Höhe von EUR	17.322
Von Gerichten verhängte bedingte Geldstrafen in der Höhe von EUR	3.902
Diversionsbußgelder in der Höhe von EUR	7.000
Geldstrafen aus Verwaltungsstrafverfahren in der Höhe von EUR	127.334
Anzeigen nach dem Qualitätsklassengesetz	33
Organstrafmandate nach dem Qualitätsklassengesetz	222
Anzeigen nach dem Bazillenausscheidergesetz (BAG seit April 2002 aufgehoben)	41
Organstrafmandate nach dem Bazillenausscheidergesetz	114
Warenvernichtungen nach § 39 (7) LMG	26.480
Beschlagnahmen nach § 40 LMG	14.219
Aus dem Verkehr gezogen wurden:	
(auf Grund von Gerichtsverfügungen, Aufträgen von Verwaltungsbehörden oder über Ersuchen bzw. mit Zustimmung von Parteien)	
animalische Lebensmittel in kg	4.977
vegetabile Lebensmittel in kg	8.701
Gebrauchsgegenstände in Stück	1.458
Menge der auf Märkten kontrollierten Pilze in kg	124.000
Pilzbegutachtungen für Pilzsammler	699
Begutachtungen, bei denen Giftpilze festgestellt wurden	58
Begutachtungen, bei denen verdorbene Pilze ausgeschieden wurden	295
Menge der für Pilzsammler begutachteten Pilze in kg	624

## Die wichtigsten vom Bundesministerium für soziale Sicherheit und Generationen angeordneten Aktionen im Jahr 2002

Code	Bezeichnung der Aktion	Proben			
		gezogen	beanstandet	nicht beanstandet	noch kein Ergebnis
A001	PCB in belgischem Geflügel	43	30	13	0
A002	Nationales Pestizidmonitoring	110	10	100	0
A010	Kennzeichnung von genetisch veränderten Lebensmitteln	9	0	0	9
A011	Bakteriologische Sicherheit von Obst- und Gemüsesäften in Supermärkten	23	1	22	0
A017	Sushi	36	1	21	14
T006	Weihnachtsmärkte	32	0	29	3

## Gewerbe- und Straßenstandsangelegenheiten

Die Tätigkeiten aus dem Bereich Gewerbe- und Straßenstandsangelegenheiten sind in der folgenden Tabelle aufgelistet.

### Gewerbe- und Straßenstandsangelegenheiten

	2001	2002
Gewerbeangelegenheiten	38.839	38.428
Anzeigen wegen Übertretung der Gewerbeordnung	2.676	2.862
Organstrafmandate wegen Übertretung der Gewerbeordnung	522	657
Straßenstandsangelegenheiten	802	714

# Integration, Frauenfragen, Konsumenten

Augenscheinsverhandlungen	259	237
Durch die MA 59 genehmigte transportable Straßenstände	914	927

## Marktwesen

Die im Jahr 2002 erfolgten Aufwendungen für die Erhaltung der Wiener Märkte betragen in Summe 2.427.300 EUR, wovon aus dem Zentralbudget 1.703.500 EUR und aus den Bezirksbudgets 723.800 EUR stammten. Schwerpunkte dabei waren Wartungs- und Sanierungsarbeiten am Landstraßer Markt und am Großmarkt Wien-Inzersdorf, sowie Weiterführung der Revitalisierung des Hannovermarktes. Details sind in der Tabelle ersichtlich.

### Erhaltung der Wiener Märkte 2002

	Beträge in EUR
Aufwendungen aus dem Zentralbudget	1.703.500
Wartungs- und Sanierungsarbeiten Landstraßer Markt und Großmarkt Wien-Inzersdorf	1.060.100
Erweiterung der Blumenhalle	75.600
Letzte Baurate Schwendermarkt	158.400
Müllsammelstelle Viktor-Adler-Markt	301.900
Aufwendungen für Hoheitsmärkte und Amtsgebäude (insbes. Bedienstetenschutz)	107.500
Aufwendungen aus den Bezirksbudgets	723.800
Hannovermarkt inkl. 1. Baurate für Revitalisierung	361.800
Naschmarkt	128.400
Simmeringer Markt	26.800
Schwendermarkt	40.600
Yppenmarkt (Amtsgebäude)	56.700
Laufende Instandhaltungen	109.500
Aufwendungen gesamt	2.427.300

Die MA 59 hat im Jahr 2002 174 so genannte „Weitere Gelegenheitsmärkte“ (Straßenfeste, private Flohmärkte, Sonnwendfeste, Jubiläumfeste, Adventmärkte, Kunstmärkte etc.), die von Privaten abgehalten wurden, genehmigt.

## Großmarkt Wien-Inzersdorf

Im Jahr 2002 wurde mit der Erneuerung der gesamten Stromversorgungsanlage für die Blumenhalle begonnen. Die geplanten Arbeiten sollten in einem Zeitraum von drei Jahren abgeschlossen sein und werden ca. 655.000 EUR kosten. Die branchenmäßige Gliederung der auf dem Großmarkt Wien-Inzersdorf etablierten Unternehmen, die sich im Jahr 2002 nur geringfügig änderte, ist der folgenden Tabelle zu entnehmen.

### Gliederung der Betriebe auf dem Großmarkt Wien-Inzersdorf

Branche	Betriebe
Obst- und Gemüsehandel	92
Kartoffel- und Zwiebelgroßhandel	3
Pilzgroßhandel	1
Eier- und Geflügelgroßhandel	3
Molkereiproduktgroßhandel	0
Fleisch- und Wurstwarengroßhandel	2
Obst- und Gemüsekonsermengroßhandel	0
Allgemeiner Lebensmittelgroßhandel	9
Fischgroßhandel	1
Sonstige Großhandelsbetriebe	2
Gesamt	113

Die Mengen an Viktualien, die 1999–2002 dem Großmarkt Wien-Inzersdorf zugeführt wurden, sind in der unten stehenden Tabelle verzeichnet.

## Fleischgroßmarkt St. Marx

Obwohl im Jahr 2002 drei Betriebe den Standort St. Marx verließen (Betriebsaufschlüsselung laut unten stehender Tabelle) konnte der Fleischumsatz mit 28,15 Mio. kg nahezu gehalten werden (im Jahr 2001: 28,5 Mio. kg). Besondere Instandhaltungs- und Investitionsschwerpunkte waren nicht erforderlich, das Marktmanagement konnte sich auf die ordnungsgemäße und zweckmäßige Führung des Marktbetriebes konzentrieren.

### Bestandnehmer im Fleischgroßmarkt St. Marx mit Jahresende 2002

Branche	Betriebe
Fleischgroßhandelsbetriebe (Europafleischgroßmarkt)	10
Fleischgroßhandelsbetriebe (Inlandsfleischgroßmarkt)	8
Fleischzerlegebetriebe	1
Gastgewerbebetriebe	1
Tiefkühlager	1
Güterbeförderungsunternehmen	1
Sonstige Bestandnehmer	20
Dampferzeugung	1
Großhandelsbetriebe mit Geflügel und Eiern im Inlandsfleischmarkt	1
Großhandelsbetriebe mit Zubehörartikel im Inlandsfleischmarkt	2
Gesamt	46

## Eichwesen

Die im eichpflichtigen Verkehr verwendeten Messgeräte (Waagen, Gewichte, Maßstäbe etc.) wurden

## Viktualienzufuhr im Großmarkt Wien Inzersdorf

Jahr Herkunft	Marktzufuhren in Tonnen					
	Gemüse	Erdäpfel	Zwiebeln u. Knoblauch	Pilze	Obst	Agrumen
1999 zusammen	93.607	24.553	15.128	2.186	128.650	47.826
Inland	53.640	21.069	13.505	96	29.479	-
Ausland	39.967	3.484	1.623	2.090	99.171	47.826
2000 zusammen	59.213	11.626	6.801	1.622	60.621	20.170
Inland	29.669	10.332	5.262	14	11.376	-
Ausland	29.544	1.294	1.539	1.608	49.245	20.170
2001 zusammen	51.399	8.606	6.094	1.738	66.981	25.164
Inland	24.017	7.800	4.856	4	11.900	-
Ausland	27.382	806	1.238	1.734	55.081	25.164
2002 zusammen	55.940	9.676	6.976	1.471	65.780	23.172
Inland	26.269	8.699	5.995	37	12.922	-
Ausland	29.671	977	981	1.434	52.858	23.172

auch im Berichtsjahr hinsichtlich der einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen überprüft. Im Rahmen der Kontrolltätigkeiten mussten wegen Übertretungen dieser Vorschriften 67 Strafanzeigen und 135 Organstrafmandate verhängt werden.

## Organisation, Datenverarbeitung

Die nach wie vor rasch fortschreitende Entwicklung am EDV-Sektor, insbesondere die immer leistungsfähigere und deshalb umfangreicher gestaltete Software, ließ die weitere Verwendung von Geräten, mit denen noch ein Jahr zuvor das Auslangen gefunden wurde, problematisch erscheinen. Deshalb wurde im Jahr 2002 mit dem Austausch der ältesten im Einsatz befindlichen Rechnergeneration begonnen. Weiters wurde mit der Einrichtung von EDV-Arbeitsplätzen im Bereich der Marktaufsichten begonnen. Dadurch und durch eine Vermehrung von EDV-Arbeitsplätzen im administrativen Bereich hat sich die Anzahl der Arbeitsplatzsysteme auf 141 erhöht. Das Verhältnis ortsfester PC zu mobilen Notebooks beläuft sich nach wie vor auf etwa 2:1.

Die Zielvorgabe der Magistratsdirektion, die Verwendung von Papier weitestmöglich durch elektronische Kommunikation zu ersetzen, führte zur Einbeziehung der MA 59 in das Projekt MAMBA, das die Einführung des elektronischen Aktenverkehrs zwischen den Bezirksämtern und anderen Magistratsdienststellen zum Ziel hat. Angeknüpft an dieses magistratsweite Projekt hat die MA 59 die Einführung des elektronischen Workflow im internen Geschäftsverkehr eingeleitet.

## Öffentlichkeitsarbeit

Im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit für die Wiener Märkte wurde die Werbekampagne 2001 „Produkte mit Charakter“ unter dem nunmehrigen Slogan „Einkaufen mit Charakter“ fortgesetzt und darüber hinaus durch eine PR-Aktion zur Unterstützung des Verkaufs von Bio-Ware auf Wiener Detailmärkten (Bio-Eck) erweitert. Außerdem war der (Konsumenten-) Informationskiosk des Marktamts bei insgesamt neun Veranstaltungen, darunter auch bei der Informationsmesse Senior Aktuell in der Stadthalle und anlässlich des Nationalfeiertages am Heldenplatz vertreten.

## Veterinäramt (MA 60)

### Veranstaltungen und Publikationen

Vom Veterinäramt wurden im Jahr 2002 folgende Veranstaltungen organisiert und durchgeführt:

- **5. Wiener Tierschutztag** vom 19.–21. Juni 2002 am Wiener Rathausplatz. Die größte Wiener Tierschutzveranstaltung stand unter dem Motto „Tiere als Partner des Menschen“ und wurde im Jahr 2002 an zwei Tagen abgehalten und von mehr als 40.000 Tierfreund/innen besucht. Am Abend des 19. Juni wurde der Tierschutztag mit einer geschlossenen Abendveranstaltung eingeleitet, die von rund 300 geladenen Gästen besucht wurde.

- **4. Tierschutz-Aktionstag** am 8. September 2002 im Tiergarten Schönbrunn. Das Motto der Informationsveranstaltung war „Sinnvolle Beschäftigung mit Tieren und für Tiere“, sie wurde von 15.000 Menschen besucht. Im Rahmen dieser Veranstaltung wurde der Reptilienatlas öffentlich vorgestellt.
- **2. Internationales Symposium für Amtstierärzte** in Wien vom 11.–13. September 2002 im Tiergarten Schönbrunn und im Haus des Meeres. 120 Teilnehmer aus Österreich, Deutschland und der Schweiz kamen nach Wien um sich zu den Themenkreisen „Zeitgemäße Reptilien- und Papageienhaltung, Fragen des Artenschutzes“ fortzubilden.
- **Tierschutz Chat** am 3. Oktober 2002. Tierschutzexperten der MA 60 standen am Vortag des Welttierschutztages zwei Stunden im Internet zur Verfügung, um zu den Themen Tierschutz und Tierhaltung Fragen zu beantworten und zu informieren.
- Bei folgenden Veranstaltungen war das Veterinäramt zur Präsentation eingeladen:
  - Reptilieninformation der Herpetologischen Terraristischen Vereinigung Österreichs am 29. Juni 2002 in der Tierklinik Strebersdorf.
  - Im Rahmen der Veranstaltung 16<sup>th</sup> International Zoo Educators Conference des Tiergartens Schönbrunn vom 17.–22. August 2002 im Parkhotel Schönbrunn fand eine Standpräsentation statt. Im Verlauf dieser Konferenz konnte das Veterinäramt seine Dienstleistungen im Rahmen einer Posterpräsentation vorstellen. Ein gleichlautender Beitrag wurde in den Abstracts veröffentlicht.
  - Am 4. Wiener Senior/innentag im Wiener Rathaus sowie bei der Wiener Herbst Senioren Messe 2002 auf dem Messegelände nahm die MA 60 mit einem Informationsstand teil und informierte zum Thema „Hundehaltung in Wien“.
  - An der Leistungsschau des Österreichischen Bundesheeres zum Nationalfeiertag am Heldenplatz konnte das Veterinäramt erstmals im Rahmen des Wiener Katastrophenschutzkreises teilnehmen und machte die Problematik der Tierseuchenbekämpfung zum Inhalt der Präsentation.

Die nachfolgenden **Veröffentlichungen** konnten von der MA 60 im Jahr 2002 herausgegeben werden: Tagungsband zum Symposium „Zeitgemäße Wildtierhaltung als Herausforderung für Amtstierärzte“ (Auflage 250 Stück), Wiener Hundebroschüre (Auflage 50.000 Stück), Reptilienatlas (Auflage 500 Stück), Bezirksjournal-Doppelseite zu Tierschutzthemen.

## Tierschutz und Tiergesundheit

Das Veterinäramt Wien wird von den Wienerinnen und Wienern immer mehr als Serviceeinrichtung für Tierhaltungsfragen und als zentrale Anlaufstelle für alle Angelegenheiten des Tierschutzes wahrgenommen. Im Jahr 2002 wurden mehr als 6.000 Anrufe und E-Mails bei der **Tierschutzhelp-line** und den Veterinäramtsabteilungen der Be-

# Integration, Frauenfragen, Konsumenten

zirke registriert. Im gleichen Zeitraum wurden ca. 30.000 Broschüren und Tierschutzfolder kostenlos an Interessierte versendet oder bei diversen Tierschutzveranstaltungen verteilt.

Von den Amtstierärzten der MA 60 wurden im Rahmen von 188 **Soforteinsätzen** Tierhaltern 153 Tiere wegen schwerwiegender Übertretungen tierschutzrelevanter Vorschriften abgenommen oder beschlagnahmt. In Vollziehung des § 15 des Wiener Tierschutz- und Tierhaltegesetzes wurden 32 Neuanträge zur Haltung von Wildtieren, die besondere Ansprüche an Haltung und Pflege stellen, überprüft. Beim Vollzug des Wiener Tierschutz- und Tierhaltegesetzes wurde ein besonderes Augenmerk auf eine rasche, unbürokratische und bürgernahe Erledigung der eingegangenen Beschwerden und Anzeigen gelegt. Weiters wurden 59 Veranstaltungen mit Tieren auf Einhaltung der veterinärpolizeilichen und tierschutzrechtlichen Bestimmungen kontrolliert.

Durch die Novellierung des Wiener Tierschutz- und Tierhaltegesetzes wurde die MA 60 in die **Bewilligungsverfahren** für zoologische Einrichtungen im Bundesland Wien wie den Tiergarten Schönbrunn, das Haus des Meeres und das Naturhistorische Museum eingebunden. Auch im Rahmen der notwendig gewordenen Verfahren zur Bewilligung von Hundeausbildungsplätzen werden von der MA 60 die Aufgaben der veterinärbehördlichen Amtssachverständigen wahrgenommen.

Neben der umfangreichen Tätigkeit im Bereich der Legistik werden die Mitarbeiter auch von anderen Magistratsabteilungen in Tierschutzangelegenheiten wie bei Fragen der Hundehaltung in der Großstadt oder bei Diskussionen zur Lösung des Fickerproblems beigezogen.

Bedingt durch eine vereinsintern ausgelöste Krise sah sich der Wiener Tierschutzverein in den letzten Monaten des Jahres 2001 nicht mehr in der Lage, Tiere aus der Obhut des Magistrats oder der Bundespolizeidirektion Wien in sein Tierschutzhaus in Vösendorf zu übernehmen. Dies führte im Jahr 2002 zwischenzeitig zu einer vermehrten Nutzung der Quarantänestation in der Tierkörperbeseitigung Wien.

Nicht zuletzt vor dem Hintergrund der Neuordnung des Fundwesens, welches ab Februar 2003 in die Kompetenz der Länder übergeht, vorrangig aber aus der Absicht, die vom Wiener Tierschutzverein der Stadt Wien gegenüber erbrachten Leistungen entsprechend abzugelten, wurde zwischen der Stadt Wien, vertreten durch die MA 60, und dem **Wiener Tierschutzverein** ein **Leistungsvertrag** abgeschlossen. Dieser regelt die Modalitäten des Transportes, der Verwahrung, der tierärztlichen Versorgung und der Übernahme von Tieren, die der Stadt Wien zuzuzählen sind und dem Wiener Tierschutzverein zur Betreuung übergeben werden, auf Basis eines verbindlichen Entgeltes für jede beauftragte Leistung. Der Wiener Tierschutzverein ist somit nicht länger Subventionsempfänger, sondern Vertragspartner in Angelegenheiten des Tierschutzes.

## Futtermittel

Im Jahr 2002 gab es im Rahmen der Vollziehung des Futtermittelgesetzes, des Tiermehlgesetzes und des Katastrophenfondgesetzes folgende Schwerpunkte:

- Kontrolle des Verfütterungsverbots von Tiermehl und tierischen Fetten in den landwirtschaftlichen Betrieben
- Kontrolle der Mischfuttermittelhersteller und des Heimtierfuttermittelmarktes
- Kontrolle nach dem Futtermittelgesetz bei Veranstaltungen
- Überprüfung von Anträgen nach dem Katastrophenfondgesetz

Überregionale Bedeutung kommt der veterinärbehördlichen Überwachung der Verbrennung von Tiermehl und der Entsorgung von Fett aus der Produktion von Tiermehl in den Heizbetrieben Wien, Werk Simmering, zu. Im Werk Simmering wird nahezu das gesamte in Ostösterreich anfallende Tiermehl seuchensicher entsorgt. Dabei wird jede einzelne Anlieferung von den Amtstierärzten des Veterinäramtes auf ihre Nämlichkeit überprüft und die tatsächliche Entsorgung überwacht. Erstmals wurden im Jahr 2002 die Heimtierfuttermittel in Wien im Rahmen eines Projekts schwerpunktmäßig einer Kontrolle unterzogen. Bevorzugt kontrolliert wurden Großhändler, stichprobenweise aber auch Pharmafirmen, Supermärkte und der Zooeinzelhandel. Von den 71 nach dem Futtermittelgesetz gezogenen Proben waren mehr als ein Drittel zu beanstanden.

## Tierseuchenbekämpfung

In Vollziehung tierseuchenrechtlicher Bestimmungen wurden im Bundesland Wien im Berichtszeitraum bis auf einen Fall von Psittakose keine Tierseuchen amtlich festgestellt.

Das Jahr 2002 stand im Zeichen der **Tierseuchenprävention**. Im Rahmen von Bekämpfungs- und Untersuchungsprogrammen wurden folgende Tierseuchen einem Screening unterzogen: Tollwut, Scrapie bei Schafen, Wildschweinschweinepest, Bovine Spongiforme Enzephalopathie, Enzootische Rinderleukose, Brucellose bei Rindern, *Brucella melitensis* bei Ziegen sowie Aujeszky'sche Krankheit bei Schweinen. Alle den Untersuchungsprogrammen unterzogenen Tiere wiesen einen negativen Befund auf.

Zu den Aufgaben der MA 60 zählt weiters die veterinärpolizeiliche Kontrolle der Tierkörperbeseitigung Wien, die in Simmering eine Sammelstelle betreibt. Diese Überwachungstätigkeit umfasste 202 Kontrollen, wobei die seuchensichere Entsorgung von mehr als 7.000 Tonnen Kadavern und Abfällen tierischer Herkunft überwacht wurden.

## Tierversuche, Gentechnik und allgemeine Veterinärangelegenheiten

Die MA 60 stellt im Rahmen des Tierversuchs- und Gentechnikgesetzes Amtssachverständige für den Landeshauptmann von Wien. Aufgabe der Amts-

tierärzte ist die Beurteilung von eingereichten und gemeldeten Tierversuchen und die Kontrolle der Tierhaltung in den dem Landeshauptmann unterstehenden Tierversuchseinrichtungen.

Im Jahr 2002 wurden in diesem Zusammenhang 158 Stellungnahmen abgegeben, 24 Revisionen sowie 39 Kontrollen durchgeführt und eine Anzeige gelegt. Für den Versand von Versuchstieren wurden 36 Gesundheitszeugnisse und 39 ANIMO-Meldungen ausgestellt.

Im Bereich der **allgemeinen Veterinärangelegenheiten** werden Kontrollen von tierärztlichen Ordinationen, Tierspitälern und tierärztlichen Hausapotheken hinsichtlich tierärzte-, tierseuchen-, arzneimittel- und abfallrechtlicher Bestimmungen durchgeführt. Dieser Bereich wurde 2002 einer Prüfung durch das Kontrollamt unterzogen. Die Erstellung der vom Kontrollamt angeregten Datenbank für Tierärzte wurde in Angriff genommen.

#### Neue Aufgabengebiete

Die MA 60 nahm im Zusammenhang mit dem Inkrafttreten des Tierarzneimittelkontrollgesetzes BGBl. I Nr. 28/2002 und dem BGBl. I Nr. 105/2000 Erlassung eines Biozidproduktgesetzes, sowie Änderung des Lebensmittelgesetzes 1975 und des Chemikaliengesetzes 1996 an mehreren Besprechungen in der Magistratsdirektion hinsichtlich einer Änderung der Geschäftseinteilung des Magistrats der Stadt Wien teil.

Ziel war die Aufnahme von Agenden beider Gesetze in den Geschäftsbereich der MA 60. Die entsprechende Änderung erfolgt im Jänner 2003. Die Änderung des Gentechnikgesetzes BGBl. I Nr. 94/2002 hat zur Folge, dass nunmehr die Anmeldung nach dem Gentechnikgesetz für meldepflichtige Tierversuche an den Landeshauptmann (früher Bundesministerium für soziale Sicherheit und Generationen) zu richten ist.

#### EDV, Controlling und Fortbildung

- Für die MA 60 wurde die Einführung des Elektronischen Aktes (ELAK) beschlossen und alle Vorarbeiten durchgeführt. Weiters wurde die Teilnahme der Mitarbeiter an ELAK-Kursen organisiert.
- Für die Fleischuntersuchungsrevisionen wurde eine Datenbank in Access entwickelt und allen Amtstierärzten zur Verfügung gestellt. Diese Datenbank wird laufend gewartet, verbessert und weiterentwickelt.
- Für die Revisionen der praktischen Tierärzte wurde eine weitere Datenbank entwickelt und getestet.
- Die Homepage der MA 60 wurde gewartet und um einige Seiten erweitert (Chat zum Nachlesen, weitere Heimtiere wurden aufgenommen, Modernisierung der Bestellseite). Schwerpunkte waren die Ankündigungen und Dokumentationen der Veranstaltungen, die das Veterinäramt durchgeführt hat.
- An der Entwicklung der Zentralen Schweinedatenbank für Österreich wurde mitgearbeitet

(Teilnahme an Veranstaltungen, Sitzungen und Auskunft über die Funktionsweise des Animal Movement (ANIMO)-Systems).

- Das ANIMO-System wurde betreut und es wurden Mängellisten der eingelangten ANIMO-Meldungen für das Bundesministerium für soziale Sicherheit und Generationen erstellt.

Im Bereich **Controlling** wurde bei der Ausarbeitung des Kontraktes der MA 60 für das Jahr 2003 mitgewirkt.

#### Fortbildung

Um dem vermehrten Interesse der Öffentlichkeit an der Haltung von exotischen Heimtieren gerecht zu werden, wurden die Amtstierärzte motiviert, ihr Fachwissen durch das Studium sachbezogener Literatur zu erweitern sowie an einschlägigen Fortbildungsveranstaltungen teilzunehmen.

Im Rahmen der Weiterbildung konnte den Mitarbeitern der MA 60 die Teilnahme an diversen Veranstaltungen ermöglicht werden, wie dem 4<sup>th</sup> World Congress on Alternatives and Animal Use in the Life Sciences in New Orleans oder der FELASA-Tagung (Federation of European Laboratory Animal Science Associations) in Aachen. Weitere Fortbildungsthemen waren ELAK-Grundschulung, Outlook-Schulung bzw. Workshop sowie ein Erste-Hilfe-Kurs.

#### Hygiene

Wichtige Veränderungen in der Gesetzgebung und deren Auswirkungen auf die Tätigkeit der MA 60 im Jahr 2002 waren unter anderem:

- Handelsklassenverordnung für Rinderschlachtkörper BGBl. II Nr. 289/2002
- Handelsklassenverordnung für Schweineschlachtkörper BGBl. II Nr. 290/2002
- Die Verordnung (EG) 178/2002 (ABl. Nr. L031 vom 1. Februar 2002) des Europäischen Parlaments und des Rates vom 28. Jänner 2002 zur Festlegung der allgemeinen Grundsätze und Anforderungen des Lebensmittelrechts, zur Errichtung der Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit und zur Festlegung von Verfahren zur Lebensmittelsicherheit
- Die Verordnung (EG) 1774/2002 (ABl. Nr. L273 vom 10. Oktober 2002) des Europäischen Parlaments und des Rates vom 3. Oktober 2002 mit Hygienevorschriften für nicht für den menschlichen Verzehr bestimmte tierische Nebenprodukte sowie zahlreiche zu beachtende Entscheidungen der Kommission.

#### Wirtschaftliche und soziale Leistungen

Das Hygienereferat führte das Projekt „Hygieneeigenkontrolle in den Küchen der Kindertagesheime“ der MA 11A weiter, in dem Hygienesachverständige der MA 60 an der Implementierung und Schulung der betroffenen Mitarbeiter/innen mitwirkten. Weiters wurden die neu zu bestellenden Leiter/innen von Kindertagesheimen im Rahmen einer Ausbildung mit der Theorie und Praxis der Hygieneeigenkontrolle vertraut gemacht.

# Integration, Frauenfragen, Konsumenten

Darüber hinaus wurden die hygienisch relevanten Aspekte der Speisenbeschaffung und -zubereitung für die Ausschreibung der Verpflegung der Kindertagesheime in einem Workshop eingebracht. Schließlich war der entsandte Sachverständige an der Entscheidung als Mitglied der Zuschlagskommission beteiligt.

Durch die aktive Teilnahme am Workshop der MA 11A „Erstellung von Ausschreibungsunterlagen für die Sicherstellung der Mahlzeiten in den Kindertagesheimen der Stadt Wien“ wurde ein wesentlicher Beitrag für die bevorstehende Vergabe der Lieferung von Fertigménüs für das Mittagessen in den Kindertagesheimen der Stadt Wien geleistet. Im Juni 2002 erfolgte die Vergabe des Lieferauftrags im offenen Verfahren nach dem Wiener Landesvergabegesetz.

## Hygiene - Kontrolltätigkeit

Derzeit (Stand Dezember 2002) sind in Wien 428 Fleisch be- und verarbeitende Betriebe als dem Fleischuntersuchungsgesetz 1982 unterliegend registriert, in denen die MA 60 im Berichtsjahr gemäß § 16 des Fleischuntersuchungsgesetzes Kontrollen durchführte. Dabei wurde auch regelmäßig die rechtskonforme Beseitigung von spezialisiertem Risikomaterial (SRM) und sonstiger Abfälle tierischen Ursprungs überprüft.

## Kontrolle der Rindfleischkennzeichnung

Gemäß EG-Verordnungen wurden in Frischfleisch-Betrieben 720 Kontrollen hinsichtlich entsprechender Kennzeichnung von Rindfleisch beim Wareneingang und beim Warenausgang überprüft. Weiters wurden die entsprechenden Betriebe gemäß Milchhygieneverordnung, Muschelverordnung, Fischhygieneverordnung, Erlass BMGSK 39.190/0-III/A/3/94 und Richtlinie 90/667/EWG kontrolliert.

Kontrollbesuch GD SANCO/8658/2002 vom 7. bis 18. Oktober 2002

Im Rahmen des genannten EG-Inspektionsbesuchs in Österreich wurden am 15. Oktober 2002 zwei Wiener Fleischbetriebe zwecks Bewertung der Kontrolle der Rückverfolgbarkeit von frischem Fleisch und Rindfleischzeugnissen vom Haltungsbetrieb bis zum Inverkehrbringen durch eine Fachkommission der EU kontrolliert. Die Inspektoren hatten sich einen Überblick über die Umsetzung der Verordnung (EG) 1760/2000 und der Verordnung (EG) 1825/2000 in Österreich und über deren behördliche Überwachung zu verschaffen. Bei den beiden Betrieben handelte es sich um einen Fleischzerlegungsbetrieb auf dem Europafleischgroßmarkt und um ein (Tief-)Kühlhaus. Das Erscheinen des Inspektionsteams in Wien wurde der MA 60 nur wenige Stunden zuvor mitgeteilt. Trotzdem gelang es durch den großen persönlichen Einsatz der Wiener Vertreter den Inspektionsbesuch befriedigend vorzubereiten und zu organisieren.

In jedem Betrieb wurden zunächst die schriftlichen Unterlagen, sowie die Rückverfolgbarkeit anhand zahlreicher konkreter Beispiele kontrolliert. Diese konnte bei beiden Betrieben trotz einzelner Fehler in jedem verlangten Fall tatsächlich durchgeführt werden. Anschließend folgte ein Lokalaugenschein direkt im jeweiligen Betrieb. Auch die behördliche Kontrolle wurde vom Inspektionsteam genau überprüft und ohne Kritik zur Kenntnis genommen.

## Beratungen, Schulungen

In Fortbildungsveranstaltungen und schriftlichen Mitteilungen wurden zahlreiche Informationen an die Fleischuntersuchungstierärzte und Amtstierärzte weitergegeben. Weiters wurden rechtsunterworfenen Personen, Fleischer und Betriebsverantwortliche von Fleisch be- und verarbeitenden Betrieben in Hygienefragen beraten. Neubau- und Umbaupläne wurde gesichtet und hinsichtlich der hygienischen Anforderungen auf Gesetzeskonformität überprüft.

## Staatsbürgerschafts- und Personenstandsangelegenheiten (MA 61)

### Einbürgerungs- und Staatsbürgerschaftsfeststellungsgruppe

Im Jahr 2002 wurde in Wien an insgesamt 14.983 Personen die österreichische Staatsbürgerschaft verliehen. Dies bedeutet gegenüber dem Jahr 2001 eine Steigerung um 9,6 Prozent. Der Parteienverkehr in der Einbürgerungsgruppe stieg im Berichtszeitraum mit 80.866 Vorsprechenden gegenüber dem Jahr 2001 um 9,8 Prozent an. Die Gesamtzahl der Eingebürgerten – von denen 14.671 ihren Hauptwohnsitz in Wien hatten – teilt sich auf 7.319 weibliche sowie 7.664 männliche Antragsteller auf.

5.108 Einbürgerungswerbern wurde 2002 die österreichische Staatsbürgerschaft nach einem



Die Stadt Wien startete eine Bio-Offensive für Schulen und Kindertagesheime, um unseren Kindern nicht nur nahrhaftes, sondern auch gutes und gesundes Essen anzubieten.

mindestens zehnjährigen, ununterbrochenen Inlandswohnsitz verliehen. Dies entspricht gegenüber dem Vorjahr einer Steigerung um 24,3 Prozent. 730 Personen wurden nach einem mindestens sechsjährigen, ununterbrochenen Inlandswohnsitz und weitere 217 Personen bereits nach einem mindestens vierjährigen, ununterbrochenen Inlandswohnsitz eingebürgert, wobei immer ein besonders berücksichtigungswürdiger Grund für die vorzeitige Staatsbürgerschaftsverleihung gegeben war. 15 Staatsangehörige eines Nachfolgestaates der ehemaligen österreichisch-ungarischen Monarchie wurden ebenfalls im Jahr 2002 eingebürgert.

21 Antragstellern wurde die Staatsbürgerschaft auf Grund eines Staatsinteressebeschlusses der österreichischen Bundesregierung wegen außerordentlicher Leistungen verliehen. 2.337 Personen – meist Ehegatt/innen von österreichischen Staatsbürger/innen – erwarben die Staatsbürgerschaft auf Grund eines Rechtsanspruches.

Die oben zitierten Staatsbürgerschaftsverleihungen wurden auf 1.013 Ehefrauen und auf 234 Ehemänner sowie auf 5.312 minderjährige Kinder und auf 5 bereits volljährige, jedoch erheblich behinderte Kinder erstreckt. Diese Zahlen bedeuten gegenüber dem Jahr 2001 eine Steigerung der Erstreckungen auf Ehepartner um 0,5 Prozent, sowie einen Anstieg der Erstreckungen auf minderjährige Kinder um 10,3 Prozent.

Von allen Eingebürgerten des Jahres 2002 waren 5.976 Personen jünger als 19 Jahre, 8.886 Personen stammten aus der Altersgruppe 19 bis 60 Jahre und 121 Personen hatten zum Zeitpunkt der Staatsbürgerschaftsverleihung das 60. Lebensjahr bereits überschritten.

Selbstverständlich mussten bei allen positiv abgeschlossenen Einbürgerungsverfahren sämtliche gesetzliche Einbürgerungsvoraussetzungen erfüllt sein, was bei 476 Ansuchen, die wegen zu kurzem Inlandswohnsitz, wegen Vorstrafen, wegen ungesichertem Lebensunterhalt oder aus anderen Gründen negativ erledigt werden mussten, nicht der Fall war. Gegenüber dem Vergleichszeitraum 2001 sank die Zahl der negativen Erledigungen um 27,1 Prozent.

Bei den Herkunftsländern der neuen österreichischen Staatsbürger liegt – wie auch in den letzten Jahren – die Türkei mit 4.642 Eingebürgerten an der Spitze (+18,8 Prozent gegenüber dem Jahr 2001). Den zweiten Platz der Einbürgerungsstatistik hält – ebenfalls wie in den letzten Jahren – die Bundesrepublik Jugoslawien (Serbien und Montenegro) mit 2.315 Eingebürgerten (+0,4 Prozent gegenüber dem Vergleichszeitraum 2001). An 3. Stelle findet sich Bosnien und Herzegowina mit 1.700 Eingebürgerten. Den 4. Platz der Länderwertung nimmt Kroatien ein (1.013 Eingebürgerte), an der 5. Stelle findet sich Polen mit 616 Personen, gefolgt von Indien (493 Eingebürgerte), der Volksrepublik China (471 Eingebürgerte), Rumänien (402 Personen), Ägypten (392 Eingebürgerte) und an 10. Position die Philippinen mit 350 Eingebürgerten.

Durch Abgabe einer Anzeige erwarben im Jahr 2002 35 ehemalige Österreicher/innen, die ihre Heimat vor dem 9. Mai 1945 aus rassistischen oder aus politischen Gründen verlassen mussten, die österreichische Staatsbürgerschaft auf vereinfachtem Wege wieder. Gegenüber dem Vorjahr bedeutet dies einen Rückgang um 28,6 Prozent.

Zum Zeitpunkt des Wiedererwerbes der österreichischen Staatsbürgerschaft besaßen 10 Personen die US-Staatsangehörigkeit, 9 Personen waren israelische Staatsangehörige, die übrigen 16 Personen hatten zu dieser Zeit die argentinische, die australische, die britische, die italienische, die schwedische und die venezolanische Staatsangehörigkeit. In 28 Fällen führte die abgegebene Staatsbürgerschaftsanzeige mangels Vorliegen sämtlicher gesetzlicher Voraussetzungen nicht zum Wiedererwerb der österreichischen Staatsbürgerschaft.

Die Beibehaltung der österreichischen Staatsbürgerschaft für den Fall des Erwerbs einer fremden Staatsangehörigkeit wurde im Jahr 2001 51 Personen – meist mit Auslandswohnsitz – bescheidenmäßig bewilligt. Dies entspricht einem Rückgang um 13,6 Prozent gegenüber dem Vergleichszeitraum 2001.

Von der Möglichkeit, auf die österreichische Staatsbürgerschaft zu verzichten, machten im Berichtszeitraum 9 Personen Gebrauch, die neben der österreichischen Staatsbürgerschaft gleichzeitig auch eine fremde Staatsangehörigkeit besaßen. Sie erhielten Bescheide über den rechtskräftig gewordenen Verlust der Staatsbürgerschaft.

Im Jahr 2002 betrafen 691 Aktenvorgänge den Bereich der Feststellung der Staatsbürgerschaft. Es handelte sich hierbei vielfach um aufklärungsbedürftige Fragen betreffend den Besitz oder Verlust der österreichischen Staatsbürgerschaft, die durch Parteiansuchen, Anfragen von Behörden, etc. an die MA 61 herangetragen wurden und zum Teil aufwändige Ermittlungsverfahren erforderlich machten.

Seit Oktober 2002 agiert die MA 61 – Einbürgerungsgruppe neben ihrer sonstigen Tätigkeit auch als Meldebehörde im Anlassfall.

In der Einbürgerungsgruppe konnte im Rahmen einer ständigen Kundenbefragung auch im Jahr 2002 ein positives Echo aus dem Kreis der Einbürgerungswerber/innen vernommen werden. So zeigten sich 87,3 Prozent aller Befragten mit dem Serviceangebot der MA 61 sehr zufrieden, lediglich 3,9 Prozent der Vorsprechenden äußerten sich sehr unzufrieden.

## Staatsbürgerschaftsevidenzstelle

Im Jahr 2002 wurde die Staatsbürgerschaftsevidenzstelle im Parteienverkehr von 18.611 Bürger/innen aufgesucht. Insgesamt wurden in Wien im Berichtszeitraum 43.525 Staatsbürgerschaftsnachweise ausgestellt, wobei 4.032 Nachweise von der Staatsbürgerschaftsevidenzstelle

# Integration, Frauenfragen, Konsumenten

ausgegeben wurden. Seitens der Einbürgerungsgruppe wurden anlässlich von Staatsbürgerschaftsverleihungen im Jahr 2002 13.878 Staatsbürgerschaftsnachweise ausgefolgt.

Die Wiener Standesämter stellten 2002 nicht nur anlässlich von Geburtsanmeldungen und Eheschließungen Staatsbürgerschaftsnachweise aus (14.579 Nachweise), sondern sie wurden auch ohne besonderen Anlassfall aus dem Personenstandsbereich tätig. So konnten im Jahr 2002 auf den Wiener Standesämtern zusätzlich weitere 6.407 Staatsbürgerschaftsnachweise ausgestellt und hierdurch das Kundenservice der MA 61 erheblich ausgeweitet werden, da 48,2 Prozent aller in diesem Jahr in Wien erstellten Staatsbürgerschaftsnachweise bei Vorsprachen auf den Standesämtern ausgefolgt wurden. Auf den Magistratischen Bezirksämtern bzw. den Bürger-Service-Zentren wurden weitere 4.629 Staatsbürgerschaftsnachweise den Antragsteller/innen übergeben.

Von der Staatsbürgerschaftsevidenzstelle wurden im Jahr 2002 auch 222 weitere Staatsbürgerschaftsbestätigungen zum Amtsgebrauch für diverse Behörden und Ämter ausgefertigt.

5.895 protokollierte Posteinlaufstücke wurden von den Referent/innen der Staatsbürgerschaftsevidenzstelle beantwortet.

Die EDV-unterstützt geführte **Staatsbürgerschaftsevidenz** umfasste am Ende des Berichtsjahres 1.739.050 Datensätze. Aus der noch in Karteiform geführten alten Staatsbürgerschaftsevidenz werden laufend Staatsbürgerschaftsdaten elektronisch verarbeitet. Insgesamt konnten im Jahr 2001 zu diesem Zweck weitere 6.825 Karteiblätter ausgewertet werden.

Überdies wurden 63.303 Mitteilungen von Staatsbürgerschaftsevidenzstellen anderer Bundesländer über ausgestellte Staatsbürgerschaftsnachweise und Staatsbürgerschaftsbestätigungen, von Standesämtern über Geburten, Eheschließungen und Sterbefälle und auch von anderen Behörden über staatsbürgerschaftsrechtlich relevante Vorgänge elektronisch verarbeitet.

Weiters wurden von den Referent/innen der Evidenzstelle 2.971 Verfahren zur Überwachung des Ausscheidens von Eingebürgerten aus deren bisherigen Staatsverbänden bearbeitet. Dies entspricht gegenüber dem Vorjahr einer Steigerung um 17,6 Prozent.

1.792 Anfragen von Notaren – meist im Zusammenhang mit Verlassenschaftsabwicklungen – sowie 239 Anfragen von Ahnenforschern wurden ebenfalls im Jahr 2002 beantwortet. In den meisten Fällen war hiezu eine ausführliche Suche in den Karteibeständen der Staatsbürgerschaftsevidenzstelle erforderlich. Gegenüber dem Jahr 2001 nahmen diese Anfragen um 13,7 Prozent zu.

Seit Oktober 2002 ist die Staatsbürgerschaftsevidenzstelle – neben ihrer sonstigen Tätigkeit – auch als Meldebehörde im Anlassfall tätig.

Eine in der Evidenzstelle durchgeführte Kundenbefragung ergab auch für das Jahr 2002 ein positives Bild. Mit der Betreuung durch die Mitarbeiter/innen zeigten sich 89,3 Prozent der Befragten sehr zufrieden, lediglich 1,8 Prozent äußerten sich unzufrieden.

## Standesämter und Personenstandsgruppe

Von den zehn Wiener Standesämtern wurden im Jahr 2002 19.698 Geburten beurkundet. Dies entspricht gegenüber dem Vorjahr einem Zuwachs um 7,5 Prozent. Von dem im Allgemeinen Krankenhaus der Stadt Wien eingerichteten „**Babypoint**“ konnten in 3.126 Fällen Geburtsurkunden und Staatsbürgerschaftsnachweise ausgestellt werden, wodurch den Kindeseltern Amtswege erspart wurden.

Weiters wurden im Jahr 2002 8.523 Eheschließungen (+9,3 Prozent) sowie 17.530 Sterbefälle (+0,6 Prozent) in den Registern vermerkt. Die wenigsten Ehen wurden im Jänner 2002 geschlossen, der beliebteste Heiratsmonat war auch im Jahr 2002 der Mai mit 910 Trauungen. Seit Mai 2002 besteht die Möglichkeit, **Trauungstermine über das Internet** zu reservieren, von dieser Möglichkeit wurde im Laufe des Berichtsjahres von ca. 40 Prozent aller Brautpaare Gebrauch gemacht.

Seit Oktober 2002 gibt es neben den bereits bisher vorhandenen Möglichkeiten einer Trauung außerhalb der Standesämter – nämlich dem Neuen und dem Alten Rathaus, dem Schloss Schönbrunn, dem Belvedere, der Hofburg, auf vor Anker liegenden Schiffen der DDSG Blue Danube sowie der Donauschiff-Fahrt Pyringer-Zopper, dem KunstHaus-Wien, dem Wiener Riesenrad, dem Schmetterlinghaus im Burggarten und einer Oldtimer-Straßenbahn – zusätzlich auch die Möglichkeit, auf dem Donauturm die Ehe zu schließen.

Die Eintragungen in den von den Standesämtern verwahrten Personenstandsbüchern wurden im Berichtsjahr durch 6.976 Vermerke über Veränderungen von Beurkundungen sowie durch 31.214 Hinweismitteilungen, die den Zusammenhang zwischen den verschiedenen Eintragungen herstellen, auf den jeweils aktuellen Stand gebracht.

2.052 Ehefähigkeitszeugnisse (+4 Prozent) wurden im Jahr 2002 für österreichische Staatsbürger/innen ausgestellt, die im Ausland eine Ehe eingehen wollten.

Im Berichtsjahr wurde von der MA 61 in 1.038 Fällen die Änderung eines Familiennamens bewilligt, die Änderung eines Vornamens wurde in 334 Fällen bescheidmäßig bewilligt.

Die 2002 am häufigsten gewählten Vornamen für in Wien geborene Kinder sind:

Für Buben		Für Mädchen	
David	(204)	Julia	(161)
Alexander	(186)	Anna	(160)
Lukas	(184)	Sarah	(160)
Maximilian	(176)	Katharina	(146)
Daniel	(157)	Sophie	(136)

Florian	(153)	Laura	(130)
Marcel	(140)	Vanessa	(119)
Sebastian	(130)	Lisa	(117)
Paul	(125)	Michelle	(99)
Michael	(122)	Nina	(84)

Seit Juni 2002 ist die nachträgliche Ausstellung von standesamtlichen Urkunden nicht mehr nur bei jenem Wiener Standesamt möglich, welches den Personenstandsfall seinerzeit beurkundet hat, sondern bei jedem Wiener Standesamt. Seit diesem Zeitpunkt sind die Standesämter auch Meldebehörde im Anlassfall.

Auch bei den Wiener Standesämtern sowie der Personenstandsgruppe ergab die Kundenbefragung im Jahr 2002 ein sehr positives Gesamtergebnis. Das große Ausmaß der Zustimmung zum Angebot der MA 61 kann insbesondere darauf zurückgeführt werden, dass durch die dezentrale Ausstellung von Staatsbürgerschaftsnachweisen – auch ohne konkreten Anlass aus dem unmittelbaren Tätigkeitsbereich der Standesämter – das Kundenservice durch die MA 61 stark ausgeweitet werden konnte.

## Wahlen und verschiedene Rechtsangelegenheiten (MA 62)

Die wesentlichsten Aufgaben für die MA 62 im Jahr 2002 waren die Abwicklung der Nationalratswahl 2002 für Wien, die Novellierung des Wiener Wahlrechtes zur Verbesserung der Mitbestimmung der in Wien lebenden Ausländer (**Wiener Demokratiepaket**), die **Übernahme des Meldewesens** von der Bundespolizeidirektion Wien ab dem 1. März 2002, die Vorbereitung der **Übernahme des Passwesens** mit 1. Februar 2003 und die Übernahme der datenschutzrechtlichen Aufgaben von der Magistratsdirektion.

### Volksbegehren und Nationalratswahl 2002

Durch Kundmachung der Verordnung des Bundesministers für Inneres, BGBl. II Nr. 351/2002 vom 23. September 2002 wurde die **Nationalratswahl 2002** für den 24. November 2002 ausgeschrieben und als Stichtag der 24. September 2002 festgesetzt. Zur Nationalratswahl waren in Wien insgesamt 1.110.321 Personen wahlberechtigt, davon 15.711 Auslandsösterreicher, die in die Wiener Wählerevidenz eingetragen sind. 94.370 Wahlkarten wurden in Wien ausgestellt. Es kandidierten 8 Parteien, wobei 4 im Nationalrat zu diesem Zeitpunkt nicht vertreten waren und daher mindestens 500 Unterstützungserklärungen zur Einreichung ihrer Wahlvorschläge sammeln mussten. Einschließlich der Wahlkarten wurden in Wien insgesamt 861.638 Stimmen (77,6 Prozent der Wahlberechtigten) abgegeben.

Am 29. Oktober 2001 hat der Bundesminister für Inneres dem Einleitungsantrag auf Durchführung des **Volksbegehrens „Veto gegen Temelin“** stattgegeben. Als Stichtag wurde der 2. Jänner 2002 und als Eintragungszeitraum der 14.–21. Jänner 2002 festgelegt. Von 1.101.461 Stimmberechtigten haben 166.751 durch Unterschrift in den Ein-

tragungslisten und 2.862 durch Unterfertigung einer Unterstützungserklärung, also insgesamt 169.613 Bürger/innen, dieses Volksbegehren unterstützt.

Am 11. Jänner 2002 hat der Bundesminister für Inneres den Einleitungsantrag auf Durchführung des **Volksbegehrens „Sozialstaat Österreich“** stattgegeben. Stichtag war der 27. Februar 2002. Der Eintragungszeitraum wurde vom 3.–10. April 2002 festgelegt. Von den zu diesem Zeitpunkt 1.097.924 Stimmberechtigten haben 150.587 durch Unterschriften in den Eintragungslisten und 12.556 Personen durch Unterfertigung einer Unterstützungserklärung, also insgesamt 163.143 Bürger/innen dieses Volksbegehren unterstützt.

Am 29. Mai 2002 gab der Bundesminister für Inneres dem Einleitungsantrag auf Durchführung des **Volksbegehrens „Gegen Abfangjäger“** statt. Als Stichtag wurde der 24. Juni 2002, als Eintragungszeitraum der 29. Juli–5. August 2002 festgelegt. Von 1.098.070 Stimmberechtigten haben insgesamt 111.868 Bürger/innen dieses Volksbegehren unterstützt.

An der Organisation der Nationalratswahl 2002 und dieser drei Volksbegehren für die Bundeshauptstadt Wien hat die MA 62 federführend mitgewirkt.

### Wiener Demokratiepaket

Im Frühjahr 2002 wurde von der MA 62 im politischen Auftrag eine Novelle der Wiener Stadtverfassung und der Wiener Gemeindewahlordnung 1996 ausgearbeitet. Kern dieser Wiener Wahlrechtsreform im Rahmen des so genannten „**Demokratiepaketes**“ ist die **Einräumung des aktiven und passiven Wahlrechtes ausländischer Mitbürger/innen** unter der Voraussetzung eines 5-jährigen ununterbrochenen Hauptwohnsitzes in Wien auf **Ebene der Bezirksvertretungen**.

Weiters wird das **Wahlalter** für die Ausübung des aktiven und passiven Wahlrechtes zu den Bezirksvertretungen und zum Gemeinderat vom vollendeten 18. Lebensjahr spätestens am 31. Dezember des Jahres vor dem Stichtag der Wahl **auf das vollendete 16. Lebensjahr** zum Stichtag der Wahl **herabgesetzt**.

Eine weitere Änderung ist die Einräumung der Möglichkeit der Abgabe einer zweiten Vorzugsstimme auf dem Stadtwahlvorschlag mit gleichzeitiger Herabsetzung der erforderlichen Anzahl von Vorzugsstimmen für die Erlangung eines Vorzugsstimmenmandates vom doppelten auf das 1,25-fache der Wahlzahl.

Ein entsprechend ausgearbeiteter Entwurf wurde in einem Zeitraum von 6 Wochen zur internen und externen Begutachtung an zahlreiche Dienststellen und Interessensvertretungen ausgesendet. Die einlangenden Stellungnahmen wurden intensiv diskutiert und ein entsprechend ergänzter Entwurf dem Landtag in seiner Sitzung vom 13. Dezember 2002 zur Beschlussfassung vorgelegt.

# Integration, Frauenfragen, Konsumenten

Der Gesetzbeschluss des Wiener Landtages vom 13. Dezember 2002 wurde daraufhin dem Bundeskanzleramt für einen allfälligen Einspruch des Bundes innerhalb einer Frist von 8 Wochen übermittelt. Sollte bis Ende Februar 2003 kein Einspruch des Bundes gegen den Gesetzbeschluss erhoben werden, wird der Gesetzbeschluss voraussichtlich Anfang März 2003 im Wiener Landesgesetzblatt kundgemacht werden. Im Falle eines Einspruches ist ein weiterer so genannter „Beharrungsbeschluss“ des Wiener Landtages erforderlich.

Nach ersten Berechnungen werden sich bei der nächsten Gemeinderats- und Bezirksvertretungswahl im Jahr 2006 erstmals 40.000 Wiener/innen zwischen 16 und 18 an der Wahl beteiligen können. Weitere geschätzte 100.000 ausländische Mitbürger/innen, das sind 8,2 Prozent aller für die Bezirksvertretungswahlen Wahlberechtigten, werden dann auf Bezirksvertretungsebene erstmalig ihr passives und aktives Wahlrecht wahrnehmen dürfen.

Mit diesem Migrant/innenwahlrecht nach mehrjährigem Aufenthalt nimmt Wien die Vorreiterrolle innerhalb Österreichs ein und folgt erfolgreichen internationalen Beispielen wie den Niederlanden, Großbritannien, Irland, Portugal oder der Schweiz. In all diesen Ländern hat es sich gezeigt, dass die mit dem Wahlrecht verbundene stärkere Mitverantwortung und Mitbestimmung auch die Integrationsbereitschaft von Migrant/innen erhöht.

In der Wiener Stadtverfassung musste diesbezüglich jedoch ein Inländervorbehalt hinsichtlich des Amtes der Bezirksvorsteher/innen, der Bezirksvorsteherstellvertreter/innen und hinsichtlich der Mitgliedschaft in den Bauausschüssen der Bezirke verankert werden. Artikel 3 des Staatsgrundgesetzes sieht nämlich vor, dass öffentliche Ämter nur von österreichischen Staatsbürgern ausgeübt wer-

den dürfen. Die Bauausschüsse der Bezirke erlassen Bescheide nach der Wiener Bauordnung in größerem Umfang hinsichtlich unwesentlicher Abweichungen von den Bebauungsvorschriften. Die Bezirksvorsteher/innen und deren Stellvertreter/innen haben diesbezüglich ein Sistierungsrecht, wodurch sie ebenfalls hoheitlich tätig werden können. Ein Vorbehalt im Sinne des Artikel 3 Staatsgrundgesetzes war daher zwingend erforderlich.

## Übernahme des Meldewesens

Seit der Übernahme des Meldewesens von der Bundespolizeidirektion Wien am 1. März 2002 ist die MA 62 zentral für ganz Wien zur Durchführung amtlicher An-, Ab- und Ummeldungen und sonstigen Berichtigungen des Zentralen Melderegisters zuständig. Da in der diesbezüglichen Meldegesetznovelle keine Übergangsvorschriften vorgesehen wurden, gingen am 1. März 2002 auch laufende amtliche Meldeverfahren in die Zuständigkeit des Magistrats über. Die Bezirkspolizeikommissariate übermittelten in diesem Zusammenhang 3.268 offene amtliche Meldeverfahren zur weiteren Bearbeitung in der MA 62. Insgesamt wurden im Jahr 2002 ca. 26.600 Geschäftsfälle bearbeitet bzw. erledigt. Eine Abnahme der Zahl solcher Fälle ist bei der hohen Bevölkerungsfluktuation in der Großstadt Wien in Zukunft nicht zu erwarten.

Die Richtigkeit und Vollständigkeit des **Zentralen Melderegisters** ist wesentliche Voraussetzung für die Qualität der Wiener Wählererevidenz, die Verleihung von Staatsbürgerschaften und die Verleihung von Aufenthaltstiteln nach dem Fremdenrecht. Daher erfordert die teilweise doch komplexe Materie eine sorgfältige Bearbeitung durch 24 Kanzleibedienstete unter der Leitung eines Juristen.

Daneben obliegt der MA 62 die Funktion der juristischen und organisatorischen Zentrale für alle **Meldeservicestellen** der Magistratischen Bezirksämter und bearbeitet zentral für ganz Wien Anträge auf Auskunftssperren und historische Meldeauskünfte. Weiters werden in der Meldeservicestelle Zentrale Auskunft in 7., Wimbergergasse 14-16, im Rahmen eines modernen Front- und Backoffice neben den in allen Meldeservicestellen durchgeführten Serviceleistungen auch alle Meldeauskünfte größeren Umfanges auf Antrag von Behörden und Privatparteien erledigt.

## Übernahme des Passwesens

Nach der erfolgreichen Übernahme des Meldewesens im Jahr 2002 ist die Stadt Wien ab 1. Februar 2003 auch für das Passwesen in der Bundeshauptstadt zuständig. Ca. 160.000 Pässe und 20.000 Personalausweise werden jedes Jahr in Wien ausgestellt. Diese Aufgaben werden ab 1. Februar 2003 in den Magistratischen Bezirksämtern durchgeführt, wobei die MA 62 – wie auch beim Meldewesen – die Aufgabe der juristischen Fachabteilung und Servicezentrale übernimmt.

Die MA 62 hat im Vorfeld der Übernahme des Passwesens insgesamt 200 Mitarbeiter/innen der



Stadträtin Mag. Renate Brauner eröffnete die Meldeservice-Stelle im Magistratischen Bezirksamt 1/8.

Magistratischen Bezirksämter EDV-technisch und passrechtlich geschult. Darüber hinaus wurde die Ausstellung von Notpässen während der Nachtstunden, am Wochenende und an Feiertagen durch die MA 68 – Rathauswache bzw. den juristischen Permanenzdienst organisiert und die Mitarbeiter/innen diesbezüglich intensiv geschult.

Zu den ständigen Aufgaben der MA 62 wird die Bearbeitung und Erledigung von Spezialfällen wie die Entscheidung über Passversagungen, Passentziehungen, die Ausstellung von Zweitpässen sowie die Umstellung der von der Polizei übernommenen ca. 1,8 Millionen Passakten auf ein elektronisches Passarchiv gehören.

## Datenschutz

Mit 1. Juni 2002 wurde von der MDI der Aufgabenbereich Datenschutz mit den schon bisher damit befassten Mitarbeitern (ein Jurist und eine Fachbedienstete des Verwaltungsdienstes) und damit auch die Tätigkeit als Fachdienststelle Datenschutz übernommen.

Neben administrativen Tätigkeiten in Vollziehung des Datenschutzgesetzes und des Datenschutzerlasses wurden zahlreiche Organisationskonzepte und Datenschutzmeldungen bearbeitet (mit Ende 2002 waren insgesamt 305 meldepflichtige Verarbeitungen gemeldet). Die Gesichtspunkte des Datenschutzes und der Datensicherheit waren entsprechend dem Fortschreiten der Informationstechnik bei der Ausarbeitung allgemeiner Richtlinien und des Styleguides (Regeln zur Gestaltung des Internetauftrittes) einzubringen, Rechtsgutachten zu erstatten und bei Normensetzungen Stellung zu nehmen. Großer Wert wurde dabei auf serviceorientierte rasche Beratung der Fachdienststellen gelegt.

An einigen magistratsinternen Projektgruppen, wie z. B. „CRM am Beispiel der MA 11A“ sowie auch weiterhin in der Länderarbeitsgruppe e-Government wurde mitgearbeitet. Dabei wurde der Schwerpunkt vor allem auf Fragen des Verwaltungsverfahrensrechtes und auf eine Neugestaltung und Vernetzung von Verfahrensbereichen gelegt.

Die Schulungstätigkeit, vor allem im Bereich der IKT-Abteilungen und der MD-VA wurde fortgesetzt und zusätzlich erstmals auch „Internetrecht“ an der MD-VA vorgetragen.

Die bisherigen Informationsseiten im Intranet einschließlich des Datenschutzhandbuches und der Lehrbehelfe sowie die Datenschutzdokumentation wurden angepasst und fortgeschrieben. Zusätzlich wurden nun auch Basisinformationen im Internet bereitgestellt.

## Gewerbewesen und rechtliche Angelegenheiten des Ernährungswesens (MA 63)

Auf legistischem Gebiet wirkte die gewerbliche Fachabteilung unter anderem in Form von Stellungnahmen zu zahlreichen Gesetzes- und Verord-

nungsentwürfen mit und konnte auf diese Weise nicht nur vielfach die Interessen des Landes wahren, sondern auch zahlreiche Anregungen geben. In den Berichtszeitraum fallen auch Gesetze und Verordnungen, die von der MA 63 ausgearbeitet worden sind. Folgende Gesetze und Verordnungen sind anzuführen:

- Die Verordnung des Landeshauptmanns von Wien über die **Gewerbeausübung in Gastgärten** im Jahr 2002 wurde am 7. Juni 2002 im Landesgesetzblatt für Wien Nr. 21/2002 kundgemacht. Diese Verordnung hat die auf den Zeitraum 15. Juni 2002 bis 15. September 2002 befristete Möglichkeit geschaffen, dass bestimmte Gastgärten in dieser Zeit anstatt bis 23.00 Uhr bis 24.00 Uhr betrieben werden dürfen. Diese Regelung galt für die Bezirke 1, 10 und 14 sowie für Teile der Bezirke 4, 5, 6, 7 und 11. Unter die begünstigte Regelung sind Gastgärten gefallen, welche sich auf öffentlichem Grund befinden oder an öffentliche Verkehrsflächen angrenzen, soweit sie die Voraussetzungen des § 148 Abs. 1 erster Satz GewO 1994 erfüllt haben.
- Der **Höchsttarif für das Rauchfangkehrergewerbe** wurde mit der Verordnung des Landeshauptmanns von Wien betreffend die Abänderung des Höchsttarifs für das Rauchfangkehrergewerbe in Wien (Kehrtarif 2003) um (allgemein) 2,1 Prozent **angehoben**. Die Verordnung wurde am 5. Dezember 2002 im Landesgesetzblatt für Wien Nr. 47/2002 verlautbart. Der neue Höchsttarif gilt ab 1. Jänner 2003.
- Mit der **Ostermärkteverordnung 2002** wurde jenes Marktgebiet bestimmt, auf welchem im Jahr 2002 ein Ostermarkt stattgefunden hat. Die Ostermärkteverordnung 2002 wurde im Amtsblatt der Stadt Wien Nr. 9/2002 verlautbart.
- Weiters wurde die **Kirchweihmärkteverordnung 2002** (Amtsblatt der Stadt Wien Nr. 18/2002) erlassen. Darin sind die sich jährlich ändernden Marktgebiete und Markttage der Kirchweihmärkte auf dem Gebiet der Stadt Wien festgelegt.
- Schließlich wurden durch die **Adventmärkteverordnung 2002** (Amtsblatt der Stadt Wien Nr. 49/2002) und die Christbaum-, Weihnachts- und Neujahrsmärkteverordnung 2002 (Amtsblatt der Stadt Wien Nr. 49/2002) die Marktgebiete für die genannten Gelegenheitsmärkte, die ebenfalls jährlichen Änderungen unterliegen, listenmäßig erfasst und für das gesamte Stadtgebiet festgelegt.

Im Bereich des **Lebensmittelrechts** hat insbesondere die Vollziehungs- und Überwachungstätigkeit der MA 63 auf dem Gebiet der biologischen Landwirtschaft hohe Bedeutung. Überdies brachte sich die MA 63 in mehreren Besprechungen mit Vertretern des Bundesministeriums für soziale Sicherheit und Generationen, der anderen Länder und der Kontrollstellen mit Vorschlägen zur Lösung zahlreicher (insbesondere auch legistischer) Probleme, die bei der Vollziehung der einschlägigen gemeinschaftsrechtlichen Vorschriften auftreten, ein.

# Integration, Frauenfragen, Konsumenten

Weiters haben Vertreter/innen der MA 63 an zahlreichen Gesprächen mit anderen Gebietskörperschaften (insbesondere des Bundes und der Länder) und Interessenvertretungen über eine **Reform und stärkere Vereinheitlichung des Vergaberechts** teilgenommen. Diese Expertengespräche haben schließlich dazu geführt, dass in das neue – österreichweit und auch im Unterschwellenbereich geltende – Bundesvergabegesetz zahlreiche Vorschläge Wiens eingeflossen sind, die vom Bestreben um eine Straffung und Beschleunigung der Vergabe- und Nachprüfungsverfahren geleitet waren. Im Zusammenhang damit wurde auch die Kompetenzrechtslage im Vergabewesen neu geordnet (Art. 14b B-VG).

Ferner haben Vertreter/innen der MA 63 an zahlreichen Besprechungen in **Vergabeangelegenheiten** teilgenommen und hierbei andere Dienststellen, Wirtschaftstreibende und Rechtsanwältinnen bzw. bei Ausschreibungen Hilfestellung geleistet. Die Interessen Wiens und der Wiener Wirtschaft wurden auch in zahlreichen Stellungnahmen und gutachtlichen Äußerungen – etwa gegenüber Dienststellen des Bundes oder der Europäischen Gemeinschaft – vertreten. Bei der in der MA 63 angesiedelten Geschäftsstelle des Vergabekontrollsenats ist ein weiter steigender Arbeitsaufwand zu verzeichnen.

Mit Inkrafttreten des Konjunkturbelebungs-gesetzes 2002, BGBl. I Nr. 68/2002, am 1. Juli 2002 kam es zu einer Zuständigkeitsverschiebung in der **Vollziehung des Arbeitsmarktförderungsgesetzes und des Arbeitskräfteüberlassungsgesetzes** weg von den Bundessozialämtern hin zur MA 63.

Dieser **neue Aufgabenbereich** umfasst sowohl die Beratung der Unternehmen hinsichtlich der anzuwendenden gesetzlichen Vorschriften, als auch die Kontrolle der Einhaltung der einschlägigen Bestimmungen im Sinne des Arbeitnehmerschutzes sowie die damit verbundenen Anzeigen und Stellungnahmen im Verwaltungsstrafverfahren. Weiters werden Genehmigungen für die grenzüberschreitende Überlassung von Arbeitskräften von Österreich ins Nicht-EWR-Ausland oder vom Nicht-EWR-Ausland nach Österreich erteilt, sowie Anzeigen nach § 17 Arbeitskräfteüberlassungsgesetz jener Überlasser, die gemäß § 135 Abs. 2 GewO 1994 keine Gewerbeberechtigung benötigen, entgegengenommen. Einen wichtigen Bereich stellt auch die jährliche Erhebung von statistischen Daten sowie die Erstellung eines Jahresberichts in diesem Marktsegment dar. Zahlenmäßig umfasst der Aufgabenbereich derzeit die Betreuung von 280 Unternehmen nach dem Arbeitskräfteüberlassungsgesetz, 40 Künstleragenturen sowie 25 private Arbeitsvermittler und 7 gemeinnützige unentgeltliche Arbeitsvermittler.

Im Rahmen von eVienna hat die MA 63 gemeinsam mit der für die technische Ausführung zuständigen MA 14 und der Firma Gamed das **Projekt „Vergabe von Kontingenterlaubnissen und Ökopunktfahrten“** entwickelt und in Betrieb genommen. Durch dieses Projekt werden in Wien seit 1. August 2002 Transportangelegenheiten elektro-

nisch über das Internet (<http://www.wien.gv.at>) beantragt und abgewickelt. Die Kunden können via Internet insbesondere Folgendes durchführen:

- Bewerbung um Kontingenterlaubnisse
- Ansuchen um Ausgabe von Kontingenterlaubnissen
- Bewerbung um Ökopunktfahrten
- Ansuchen um freie Vergabe von Kontingenterlaubnissen
- Ansuchen um freie Vergabe von Ökopunktfahrten

Unternehmer, die im System bereits verzeichnet sind, können durch Eingabe von Frächternummer und Passwort ihre ausgestellten sowie ihre zurückgegebenen Kontingenterlaubnisse abrufen, ohne dass ein persönlicher Behördenkontakt stattfindet.

Das Angebot im Bereich des **Projekts „Gewerbe online“** wurde erweitert und den geänderten gesetzlichen Bedingungen angepasst. Insbesondere steht nunmehr ein Hilfetext in fünf verschiedenen Sprachen zur Verfügung, der durch den gesamten Verfahrensablauf führt.

Im Rahmen von eVienna hat die MA 63 gemeinsam mit den Magistratischen Bezirksämtern und der für die technische Ausführung zuständigen MA 14 das **Projekt „Gewerbe-Workflow“** gestartet. Dieses Projekt zielt auf die Umsetzung des elektronischen Aktes im Gewerbebereich ab.

Zum **gewerblichen Prüfungswesen** ist zu berichten, dass im Jahr 2002 in den Gewerben Bauträger, Berufsdetektive, Bewachungsgewerbe, Großhandel mit Arzneimitteln, Großhandel mit Giften, Beförderung von Gütern mit Kraftfahrzeugen im Nah- und Fernverkehr, Immobilienmakler, Immobilienverwalter, Kontaktlinsenoptiker, Reisebürogewerbe und Überlassung von Arbeitskräften jeweils ein Prüfungstermin angesetzt wurde. Für die Gewerbe Gelegenheitsverkehr mit Omnibussen (Mietwagen-Gewerbe mit Omnibussen, Ausflugswagen-Gewerbe mit Omnibussen) und Gelegenheitsverkehr mit Personenkraftwagen (Taxi-Gewerbe und Mietwagen-Gewerbe) wurden zwei, für das Gewerbe Vermittlung von Personalkrediten, Hypothekarkrediten und Vermögensberatung sowie für die Gastgewerbe vier Prüfungstermine festgesetzt.

Die Prüfungen sind vor Kommissionen abzulegen, die vom Landeshauptmann zu bestellen sind. Sie bestehen üblicherweise aus einem mit einschlägigen Angelegenheiten befassten Beamten des höheren Verwaltungsdienstes und, je nach Zahl der besonderen Gebiete des Gewerbes, aus drei bis fünf anderen Fachleuten, von denen mindestens zwei Personen im betreffenden Gewerbe tätig sein müssen. Im Jahr 2002 wurden bei den vorangeführten Gewerben insgesamt 1.688 Prüfungsverfahren durchgeführt. Es traten 1.158 Kandidaten zu schriftlichen und mündlichen Prüfungen an. Hiervon entfiel jeweils ein großer Teil auf das Gewerbe der Vermittlung von Personalkrediten, Hypothekarkrediten und Vermögensberatung (337 Kandidaten) und auf die Gastgewerbe (248 Kandidaten). Von den angetretenen Kandidaten haben 848, das sind mehr als zwei Drittel, die Prüfung bestanden.

Im Zentralgewerberegister wurden im Jahr 2002 13.360 neue Gewerbeberechtigungen (davon 10.498 Betriebsneugründungen und 2.862 Betriebsausweitungen) eingetragen und in 9.109 Fällen eine Endigung vorgemerkt. Im handelsrechtlichen Bereich wurden 20.525 Zentralblattverlautbarungen behandelt. Es wurden insgesamt 51.397 Anfragebeantwortungen vorgenommen, hiervon 8.348 auf handelsrechtlichem Gebiet. Aus den Aufzeichnungen des Verwaltungsstrafkatalogs wurden 2.418 Auskünfte gegeben. Für die Verlautbarung im Amtsblatt der Stadt Wien wurden 4.496 Bescheide bearbeitet und druckreif gemacht. Im Zusammenhang mit gerichtlichen Verurteilungen wurden bei 1.176 Personen Nachforschungen angestrebt, ob sie im Besitz einer aufrechten Gewerbeberechtigung sind, um gegebenenfalls ein Gewerbeentziehungsverfahren in die Wege zu leiten. Die Eintragung von Insolvenzvermerken in das Gewerberegister war in 1.762 Fällen, eine Weitergabe von Daten über strafgerichtliche Verurteilungen an die Magistratischen Bezirksämter in 83 Fällen erforderlich.

Für jene gewerblichen Betriebsanlagen, für die der Abschnitt 8a der Gewerbeordnung 1994 gilt und die bis zum Inkrafttreten des Verwaltungsreformgesetzes in den Zuständigkeitsbereich des Landeshauptmanns gefallen sind, wurden von der MA 63 entsprechende Inspektionsprogramme erarbeitet und im Zusammenwirken mit den erforderlichen technischen Dienststellen vorgesehene Inspektionen durchgeführt.

## Feuerwehr und Katastrophenschutz (MA 68)

Die MA 68, Feuerwehr und Katastrophenschutz, hat im Verwaltungsjahr 2002 mit 30.983 um fast 1.000 Einsätze mehr durchgeführt als im Vorjahr. Rund die Hälfte der Interventionen waren auf Basis der Straßenverkehrsordnung, der Wiener Abgabenordnung, der Bauordnung, des Wasserrechtsgesetzes und des Privatrechts als kostenerstattungspflichtig vorzuschreiben und erbrachten Einnahmen in Höhe von 3.427.192 EUR.

Im Sinne des Bedienstetenschutzgesetzes wurden laufend Untersuchungen durchgeführt. Weiterbildende Seminare, Schulungsprogramme, digitale Schulungsvideos und praktische Übungen an den verschiedenen Werkzeug- und Gerätetypen, vom Atemschutzgerät bis zum Notstromgenerator, standen auf dem Ausbildungsprogramm.

## Wichtige Bau- und Revitalisierungsmaßnahmen

Im Jahr 2002 konnten folgende Projekte beendet, weitergeführt oder neu begonnen werden:

### Feuerwache „Am Spitz“

Die Generalsanierung der Feuerwache wurde im Verwaltungsjahr 1998 begonnen und nach Abschluss der Sanierungsarbeiten am 21. August 2002 von der Stadträtin für Integration, Frauenfragen, Konsumentenschutz und Personal Mag. Brauner und Branddirektor DI Dr. Perner eröffnet. Nach Fertigstellung des Vorhabens befindet sich

die Wache sowohl baulich als auch technisch in ausgezeichnetem Zustand.

Für die Ausbildung der 100 Mitglieder der Jugendfeuerwehr, die neben der Mannschaft der Berufsfeuerwehr ebenfalls „Am Spitz“ ihren Stützpunkt haben, wurde sowohl in technischer Hinsicht als auch durch die Zurverfügungstellung von Gruppenräumen Vorsorge getroffen.

### Feuerwache Kaisermühlen

Die abschließenden Bautätigkeiten und Ausstattungen in der neuen Feuerwache Kaisermühlen wurden, entsprechend der Planung, im Verwaltungsjahr 2002 abgeschlossen.

### Hauptfeuerwache Döbling

Der im Verwaltungsjahr 1998 genehmigte Sachkredit für die Generalsanierung der Hauptfeuerwache Döbling musste erhöht werden. Zwischenzeitlich notwendig gewordene Umplanungen sowie eine nochmalige Überarbeitung der Kostenschätzung durch die MA 24 ergaben eine Erhöhung der (Bau)kosten von bisher 3.455.000 EUR auf 4.649.000 EUR.

Die Erweiterung des Raumprogramms wurde in der Raumprogrammverhandlung vom 4. April 2002 und in der Wirtschaftlichkeitsbesprechung vom 12. April 2002 genehmigt. Mit den zusätzlich genehmigten Budgetmitteln ist Folgendes geplant:

- Durch den Einbau von Rampen wird das gesamte Untergeschoß stufenlos begehbar gemacht. Diverse neue Zwischenwände und Brandabschnitte sollen errichtet werden.
- Im Bereich unter der Hofdurchfahrt wird die Decke abgesenkt, um die Durchfahrtshöhe im Erdgeschoß auf eine lichte Höhe von 4,20 m (jetzt zugelassen 3,60 m) zu vergrößern.



Feuerwehrstadträtin Mag. Renate Brauner und Branddirektor DI Dr. Perner bei der Eröffnung der Feuerwache „Am Spitz“ in Floridsdorf.

# Integration, Frauenfragen, Konsumenten

- Im Bereich der Garagen muss eine Vergrößerung durchgeführt werden.
- Auf dem Dach des ostseitigen Werkstättentrakts ist ein Turnsaal mit Garderobe vorgesehen. Im Westteil des 1. Obergeschoßes soll der Speise- und Küchenbereich, komplett neu adaptiert und erweitert, untergebracht werden.
- Im 2. Obergeschoß sowie im geplanten ausgebauten Dachgeschoß des Wachegebäudes sollen die Schlaf- und Mannschaftsräume untergebracht werden.
- Der bestehende Sportraum im auszubauenden Dachgeschoß bleibt erhalten, er wird nur etwas in der Lage verschoben, um vom ostseitigen Stiegenhaus den ungestörten Zugang zum Zimmertrakt zu ermöglichen.
- In der Fahrzeughalle ist es erforderlich, einen neuen Industriebelag anzubringen.

In der Hauptfeuerwache werden Geräte gewartet und repariert, auch die Ausbildung für Maschinisten und Kraftfahrer erfolgt hier.

## Generalsanierung der Feuerwache Neubau

Die Wache befindet sich sowohl hinsichtlich der Bausubstanz als auch im Bereich der (abgewohnten) Mannschaftsunterkünfte und der sanitären Einrichtungen nicht mehr in einem zeitgemäßen Zustand. Das Projekt soll insgesamt 1.530.000 EUR kosten.

## Neuanschaffung von Fahrzeugen

Im Rahmen der Erneuerung des Fuhrparks wurde die Umstellung auf die neue Bauserie „Rüstlöschfahrzeug“ fortgesetzt. Auch ein dreiachsiges Wechselladerfahrzeug mit Automatikgetriebe sowie permanentem Allradantrieb wurde angeschafft.

## Sonderanlagen

Das **feuerwehreigene Kabelnetz**, über welches die Einsatzalarmierung, die wacheinterne Telefonie sowie das feuerwehreigene Informationssystem betrieben werden, wurde großteils in den späten Dreißigerjahren angelegt. Geringe Teile (ca. 15 %) sind neueren Datums, bedingt durch notwendigen Ersatz oder Wacheneubauten (Floridsdorf, Kaisermühlen, Verbindung Zentralfeuerwache-Rathaus).

Die natürliche Alterung der Kabel (Korrosion, Litzenbruch, etc.) sowie Kapazitätsengpässe aufgrund der hohen Anforderungen der heutigen Informationstechnologie führen zu ständigen Problemen. Nunmehr ergab sich die Möglichkeit einer teilweisen Sanierung der Kabelstrecke Zentralfeuerwache – Mariahilf – Liesing. Die Kabelanbindung der Hauptfeuerwache Liesing ist von mehreren Straßenbauten im Abschnitt zwischen der Hauptfeuerwache Mariahilf und Liesing betroffen. Die Länge dieses Kabelabschnittes beträgt rund 13 Kilometer.

Nach Genehmigung von zusätzlichen Budgetmitteln aus dem „Zusatzrahmen mit Sperre“ in Höhe von 471.000 EUR konnte die neue Kabelver-

bindung in den bestehenden Kanälen der Fernwärme Wien errichtet werden. Damit ist nun eine leichte Zugänglichkeit gewährleistet und auch zukünftige Straßenumbauten führen zu keinen Problemen.

Genehmigt wurden auch die Projekte Notruftelefonanlage, Erneuerung und Einsatzleitsystem, Software. Die Vergabe erfolgt allerdings erst 2003.

## Auszüge aus der unmittelbaren Feuerwehrtätigkeit

Umgestürzter LKW-Anhänger in 22., Wagramer Straße, am 14. Mai 2002

Beim Einbiegen in die Wagramer Straße war ein mit Schalttafeln beladener zweiachsiger LKW-Anhänger umgestürzt. Vor dem Aufstellen mussten die Tafeln teils manuell und teils mit einem Radlader mit Stapelgabel umgelagert werden.

Der Anhänger wurde schließlich mit einem Kranfahrzeug aufgestellt, beladen und wieder an die Zugmaschine angekuppelt. Dadurch war eine Weiterfahrt aus eigener Kraft möglich. Während des Einsatzes musste die Wagramer Straße in Fahrtrichtung Norden gesperrt werden. Da sich zeitgleich auf der Tangente ein LKW-Unfall ereignet hatte, konnten zahlreiche Autofahrer ein beeindruckendes Stauerlebnis genießen.

Brand in 3., Engelsberggasse 3, am 24. Dezember 2002

Laut Aussagen des Wohnungsinhabers einer Wohnung in der Engelsberggasse im dritten Wiener Gemeindebezirk hatte dieser eine brennende Kerze in einem Zimmer seiner Wohnung vergessen. Als er den Brand bemerkte, flüchtete er aus der Wohnung. Der Wohnungsinhaber wurde von der Feuerwehr im Stiegenhaus vorgefunden und ins Freie geleitet. Gleichzeitig wurde der Brand, welcher sich bereits auf zwei Zimmer ausgebreitet hatte, mit einem Rohr unter Atemschutz bekämpft.

Beim Eintreffen der Ergänzungskräfte schlugen meterhohe Flammen aus den beiden Fenstern und der Brand drohte auf die darüberliegende Wohnung überzugreifen. Noch bevor ein weiteres Rohr über die Drehleiter im Außenangriff eingesetzt werden konnte, war der Brand von innen bereits so weit lokalisiert, dass die Gefahr eines Brandübergriffes gebannt war.

In weiterer Folge wurde ein Atemschutztrupp im Stiegenhaus eingesetzt, um sämtliche oberhalb liegende Wohnungen zu kontrollieren. Zur Entrauchung des Stiegenhauses wurde ein Ringlüfter zum Einsatz gebracht. Der Bewohner der Brandwohnung wurde vom Rettungsdienst wegen Rauchgasvergiftung behandelt und anschließend in ein Spital gebracht. Zwei Stunden nach dem Abrücken der letzten Löschkräfte wurde eine Nachuntersuchung durchgeführt, wobei keine weitere Gefährdung mehr festgestellt werden konnte.

# Schutz und Personal

Brand einer Lagerhalle am Frachtenbahnhof in 10., Sonnwendgasse

Aus derzeit unbekannter Ursache war es am 16. November 2002 gegen 13:30 Uhr zu einem Großbrand einer Lagerhalle, in welcher Bananen aufbewahrt wurden, gekommen. Beim Eintreffen der ersten Löschbereitschaft „Favoriten“ standen ca. 50 m des 200 m langen und 15 m breiten Gebäudekomplexes in Vollbrand. Während der Erkundung wurde sofort Alarmstufe 2 ausgelöst, da sich der Brand wegen des starken Windes rasch auszubreiten drohte.

Wegen der starken Rauchentwicklung konnte zunächst nur im Norden und sehr beschränkt im Süden des Objektes mit den Löschtätigkeiten begonnen werden. Im Norden wurden zunächst vier Rohre im Außenangriff vorgenommen. Außerdem wurde an der Nordseite der Wasserwerfer der Drehleiter sowie zwei Hydroschilder zum Schutz vor Hitzestrahlung eingesetzt.

An der Südseite erfolgte der Erstangriff mit zwei Rohren im Außenangriff. Die Wasserversorgung der Löschbereitschaft „Favoriten“ wurde durch zwei Hydranten und ein Großstanklöschfahrzeug sichergestellt. Von der zweiten Löschbereitschaft „Zentrale“ wurde – unterstützt durch eine weitere Gruppe, welche von Osten her gewaltsam in den benachbarten Brandabschnitt eingedrungen war – die Brandbekämpfung an der Südseite mit drei weiteren Rohren durchgeführt. Eine Zugsgarnitur, die an dieser Seite unmittelbar neben dem Brandobjekt abgestellt war, wurde von der ÖBB aus der Gefahrenzone entfernt.

Nach dem Einstürzen der Dachkonstruktion wurden sämtliche Rohre im Innenangriff eingesetzt. Die dritte Löschbereitschaft „Liesing“ verblieb in Bereitstellung, da sich der Löscherfolg trotz des starken Windes rasch einstellte.